

Demo

Sun, 14 Dec 2014 10:31:27, admin, []



Demo am 20.12.2014 in Köln

Wir fordern: Sofortige Leistungen für ehemalige Heimkinder, die in Behinderteneinrichtungen und in der Psychiatrie leiden mussten!

Seit Bestehen der Bundesrepublik respektive der Deutschen Demokratischen Republik lebten etwa ein Million Kinder in Säuglings- und Kinderheimen, in Waisenhäusern, in Heimen für Jugendliche mit oder ohne Behinderungen, in Heimen für „schwererziehbare“ Jugendliche und in der Psychiatrie. Die Heime waren mehrheitlich in Händen der Kirchen beider Konfessionen (BRD), des Staates und in privater Hand.

Die Kinder waren oftmals schlecht ernährt, schlecht gekleidet, kaum bzw. schlecht medizinisch versorgt. Sie bekamen Medikamente, um im Sinne der Heimbetreiber zu funktionieren und es wurden an ihnen medizinische Experimente durchgeführt.

Viele mussten bereits vom sechsten Lebensjahr an Zwangsarbeit leisten – vor der Schule, nach der Schule oder anstatt Schule, in den Ferien, an Sonn- und Feiertagen. Für ihre Arbeit bekamen sie weder Lohn ausbezahlt, noch wurden für sie Sozialabgaben entrichtet. Entsprechend sieht für sie heute ihre Rente aus!

Ihnen wurde psychische, physische und sexuelle Gewalt angetan. Sie wurden tage- bis monatelang eingesperrt, allein, im Dunkeln.

Beziehungen zu Familienangehörigen wurden verhindert oder erschwert, Briefe zensiert, Pakete oder Päckchen erreichten sie kaum. Selbst Freundschaften innerhalb des Heimes wurden unterbunden. Oftmals standen die Kinder unter einem rigorosen Schweigegebot und sie wurden zwangsmissioniert.

Die Überlebenden dieser „schwarzen Pädagogik“ haben seit 2 Jahren und noch bis Ende dieses Monats die Möglichkeit, zumindest einen Ausgleich für die Rentenzahlungen und eine „Hilfe in Anerkennung für das erlittene Leid“ zu beantragen.

Allerdings gibt es gravierende Ausnahmen:

- **Kindern, die in Behinderteneinrichtungen leben mussten, stehen heute keine Rentenausgleichszahlung zu!**
- **Kinder, die in die Psychiatrie gezwungen wurden, gehen ganz leer aus!**

Immer wieder wurden sie getröstet, immer wieder hingehalten von Kirchen und Politik. Nun hat die Arbeits- und Sozialministerkonferenz sich wieder eine neue Hinhaltetaktik ausgedacht:

Eine bereits 2013 eingerichtete Arbeitsgruppe soll nun „neue Vorschläge“ einholen, wie das erlittene Unrecht und Leid „mithilfe von Anpassungen der Regelsysteme anerkannt werden kann“.

Wie lange müssen diese geschundenen Menschen noch warten?

Warum wurden sie nicht von Anfang an bei dem Fonds Heimerziehung mit bedacht?

Wie viele müssen noch sterben, bevor sie Leistungen bekommen?

Zur Erinnerung: Artikel 3 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Von Ausnahmen steht da nichts!

Liebe Mitglieder, FreundInnen und Freunde

Wir hoffen auf rege Beteiligung an dieser Demo in Köln! Treffen ist auf dem Bahnhofsvorplatz in Köln. Wenn wir nicht "in die Puschen" kommen, wird es niemand für uns tun!

Verein ehemaliger Heimkinder e.V.
der Vorstand

in Kooperation mit der Partei
DIE LINKE

Die Verzichtserklärung

Thu, 18 Oct 2012 11:00:39, admin, [category: fonds-heimkinder, post_tag: fonds-heimkinder, post_tag: recht, post_tag: rentenersatzleistung, post_tag: verzichtserklärung]

Leistungen aus dem Fonds "Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975" sollen dazu beitragen,

- Folgeschäden aufgrund der Heimerziehung abzumildern und
- einen dauerhaften Rechtsfrieden zu erzielen.

Die freiwilligen Leistungen werden an ehemalige Heimkinder gewährt, die erklären, dass sie unwiderruflich keinerlei weitere Forderungen aufgrund der Heimunterbringung gegen die in den Fonds einzahlenden Institutionen, namentlich die öffentliche Hand der Bundesrepublik Deutschland und die Evangelische und Katholische Kirchen in Deutschland sowie ihre Ordensgemeinschaften und Wohlfahrtsverbände, einschließlich deren Mitglieder und Einrichtungen, stellen werden. Dies umfasst auch Ansprüche wegen Rentenminderung sowie den Ersatz von Kosten für die Rechtsverfolgung.

Ausgenommen von der Nicht-Geltendmachung weiterer Ansprüche sind Forderungen gegen Dritte sowie weitere Leistungen aus dem Fonds gemäß den geltenden Leitlinien zur Umsetzung des Fonds.

Vor diesem Hintergrund und in Kenntnis dessen sind sich die Unterzeichnenden einig, dass sämtliche Ansprüche der hier unterzeichnenden betroffenen Person gegen die in den Fonds einzahlenden Institutionen aufgrund der Heimunterbringung, gleich aus welchem Rechtsgrund, abgegolten und erledigt sind, so dass die betroffene Person – außer den Leistungen aus dem Fonds – keine weiteren Leistungen mehr von diesen erhält.

Die Wirksamkeit dieser Vereinbarung steht unter dem Vorbehalt der oben gewährten Fondsleistung.
(Aus dem "Vereinbarungsdokument" zwischen der Anlauf- und Beratungsstelle im Rheinland, Köln)

Immer wieder hört oder liest man das eine oder andere Gerücht, die "Verzichtserklärung" der Beratungsstellen angehend. Wenn man der Sache auf den Grund geht, sieht man folgenden Sachverhalt:

Zunächst gab es zwei Dokumente

1. die Vereinbarung, ein bis zu 20seitiges Formular, in welchem der/die Überlebende den "Sachverhalt" des Heimaufenthaltes darlegt und mit dem dann der evtl. Bedarf und die Rentenausgleichszahlung ermittelt werden sollen, und
2. die Verzichtserklärung (siehe oben das Beispiel aus Köln)

Zur Verzichtserklärung äußert sich Staatssekretär Josef Hecken vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/die Grünen eindeutig und bezieht sich in seinem Statement auf den Bescheid des Bundesverfassungsgerichtes, dessen Kernsatz auf die Verzichtserklärung bezogen folgender ist:

"Dass insoweit einen Verzicht erklären muss, wer Leistungen aus dem Fonds erhalten möchte, ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden."
(Kammerbeschluss vom 23.03.2012 – 1BvR 3023/11)

Hecken führt weiter aus, dass "sich die Fondserichter (...) grundsätzlich darauf verständigt (haben), eine Neuformulierung vorzunehmen und anstelle der sog. "Verzichtserklärung" eine abschließende Erklärung in die Vereinbarung zwischen den Betroffenen und den regionalen Anlauf- und Beratungsstellen aufzunehmen, aus der klar hervorgeht, dass die Leistungen des Fonds Heimerziehung freiwillige Leistungen sind und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht gewährt werden."

(Josef Hecken, Drucksache 17/507 vom 30. April 2012. Umsetzung der Leistungen des bundesweiten Fonds "Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975", Seite 11f)

Jetzt sollen also beide Dokumente in der Vereinbarung zusammen gefasst werden. Das heißt die Verzichtserklärung ist nicht vom Tisch, sondern sie verbirgt sich im Text der Vereinbarung und bewirkt dasselbe.

Inzwischen kursiert eine sog. "Präambel", die aber wiederum nichts weiter besagt, als dass, was Hecken bereits in seiner Antwort auf die "Kleine Anfrage" ausgeführt hat und praktisch auf jeder Seite neu betont: die Leistungen des Fonds Heimerziehung sind freiwillige Leistungen und werden ohne Anerkennung einer Rechtspflicht gewährt.

Was folgt nun aus dem oben gesagten?

Die Verzichtserklärung ist keineswegs vom Tisch. Vielmehr ist sie einfach nur besser verpackt innerhalb des Textes der sog. Vereinbarung zu finden. Man bekommt also keinen gesonderten Zettel mehr vorgelegt sondern unterschreibt zusammen mit der Vereinbarung auch die Verzichtserklärung. In Verträgen wird so etwas normalerweise als "Kleingedrucktes" bezeichnet und ihm haftet immer ein "Geschmäcke" an.

Sollte es dennoch einzelne Anlauf- und Beratungsstellen geben, die auf diese Erklärung völlig verzichten, so handelt es sich um eine Freiwilligkeit (ob mit oder ohne Zustimmung von oben, sei dahin gestellt) der jeweiligen Anlaufstelle und kann somit jederzeit zurückgenommen werden.

Auch wenn noch so viele Gerüchte kursieren, sollte eines klar sein:

Die Verzichtserklärung ist erst dann vom Tisch, wenn dieses schriftlich und verbindlich vorliegt.

Besuchen Sie uns auch auf [Facebook!](#)

Auf unserer Facebookseite können Sie auch kommentieren und mit anderen FacebookleserInnen in Verbindung treten, Sie finden dort die neuesten Termine und alles, was sonst noch von Interesse für Sie sein könnte.

Der Flyer des VEH e.V.

Thu, 18 Oct 2012 13:50:45, admin, [post_tag: flyer, category: in-eigener-sache, post_tag: veh-e-v, post_tag: vorstand]

Wir haben einen neuen Flyer für den Verein gefertigt und möchten ihn hier vorstellen. Außerdem möchten wir ihn Interessierten zum Ausdrucken und Verteilen zur Verfügung stellen!



Der Prozess gegen den mutmaßlichen Mörder

Thu, 18 Oct 2012 13:53:25, admin, [post_tag: gerichtsbearbeitung, post_tag: horst-otto, category: gerichtsverhandlungen]

Horst Otto, langjähriges VEH-Mitglied und Kassierer, wurde im Dezember 2011 von einem "Freund" erschlagen, in seinem eigenen Auto in den Kofferraum gequetscht und monatelang (bis März 2012) in einem Parkhaus "abgestellt".

Es war eine tragische, schreckliche und unendlich an die Nieren gehende Geschichte. Bis zu seinem Auffinden galt Horst als vermisst - natürlich - und Vorstand und Mitglieder des Vereins haben gehofft und gebangt, dass er sich (wie ein Mitglied schrieb) "vielleicht doch auf Mallorca die Sonne auf den Pelz brennen lässt." Um so größer war der Schock, als wir von dem ganzen Ausmaß des Verbrechens erfuhren!

Nun beginnt der Prozess gegen den mutmaßlichen Täter am

Dienstag, den 28. August 2012 um 13.30 Uhr im Landgericht Lübeck, Am Burgfeld 7, Sitzungssaal 1551

Jeder, der die Möglichkeit hat, sollte dort hingehen, um Horst noch einmal eine letzte Ehre erweisen. Zudem soll der Täter unsere Solidarität und Verbundenheit spüren, damit er weiß, was er Horsts Freunden und dem Verein angetan hat.

Der Vorstand VEH e.V.

Für Ehemalige aus dem Raum Hildesheim: "Cafe Anders" - weil wir anders sind

Thu, 18 Oct 2012 13:54:41, admin, [category: uncategorized, post_tag: ehemalige-heimkinder, post_tag: hildesheim, post_tag: treffen]

Ganz privates Treffen ehemaliger Heimkinder

Liebes Heimkind

bitte melde dich bei mir. Ich bin ein ehemaliges Heimkind (1968 bis 1972) und suche Gleichgesinnte. Ein Raum steht zur Verfügung. Ich möchte für mich und für alle anderen dass wir nicht mehr träumen und weinen müssen. Es soll mir und euch besser gehen. Ihr versteht wenn ich etwas erzähle. Ich möchte mit euch tratschen, klöhnen und lachen können.

Über das Geschichten-Erzählen wird uns auch der Umgang mit unserer Heimerfahrung leichter fallen. Ich bin ein Heimkind aus dem Frauen- und Mädchenheim Himmelthür/Hildesheim, inzwischen 58 Jahre alt und gehöre zu den Überlebenden.

Bitte meldet euch:

E-Mail floretta54@hotmail.de
Handy 0176-57078658

Ich freue mich auf Euch!
Angelika Lade
Kronprinzenstraße 5, 31134 Hildesheim

OEG und Fonds

Thu, 18 Oct 2012 13:55:30, admin, [category: fonds-heimkinder, post_tag: fonds-heimkinder, post_tag: oeg, post_tag: rentenersatzleistungen]

Wir haben gerade eine Benachrichtigung von einer Überlebenden, die OEG-Rente bezieht, bekommen:

Wer OEG bezieht bekommt NICHTS aus dem Fonds bezahlt. Wer mag kann sich gerne persönlich (würde ich durchaus empfehlen!) erkundigen bei

Frau LOHEIDE, 030-83001100

Frau Loheide sitzt im Lenkungsausschuss und hat diese Nachricht persönlich an unsere Kontaktperson gegeben.

Wann wird endlich damit aufgehört, uns zu verarschen und zu betrügen? Wann wird endlich damit angefangen, mit uns so umzugehen, wie es ein jeder Mensch verdient hat: Mit Würde und Dignität, mit Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit und Offenheit?

Und wann dringt das bei uns selber durch, dass dieser ganze Fonds ein Dreck ist, dazu angetan, uns zum Schweigen zu bringen, uns dazu zu bringen, einen "Trostpreis" anzunehmen, die Brosamen von der Herren Tische?

Wie sagte doch Frau Loheide so richtig? "Das haben Sie dem Runden Tisch zu verdanken. Und zwar allen, die da gesessen und zugestimmt haben."

Na toll!

"Mein Körper gehört mir" - Kinderrechtskampagne gegen Zwangsbeschneidung

Thu, 18 Oct 2012 13:58:40, admin, [post_tag: beschneidung, post_tag: gbs, category: kinderrechte, post_tag: kinderrechte, post_tag: politik, post_tag: religion, post_tag: zwangsbeschneidung]

"Zwangsbeschneidung ist Unrecht - auch bei Jungen." Mit dieser entschiedenen Aussage ist heute, ein Tag vor der öffentlichen Sitzung des Deutschen Ethikrats, die Kinderrechtskampagne der Giordano-Bruno-Stiftung gestartet. "Ziel der Kampagne ist es, die geplante Legalisierung medizinisch unnötiger Vorhautbeschneidungen zu verhindern", erklärt Stiftungssprecher Michael Schmidt-Salomon. "Denn die Zwangsbeschneidung ist keine Bagatelle, wie so oft behauptet wird, sondern ein durch nichts zu rechtfertigender Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht und die körperliche Unversehrtheit des Kindes."

Auf der heute freigeschalteten Website www.pro-kinderrechte.de führt der von der Stiftung ins Leben gerufene "Arbeitskreis Kinderrechte", dem u.a. der Strafrechtler Holm Putzke angehört, zahlreiche medizinische, psychologische, politische und juristische Argumente auf, die diese Einschätzung belegen. Tragischerweise, so die Experten des "AK Kinderrechte", sei das Wissen über die tatsächlichen Folgen der Vorhautbeschneidung, die sehr wohl mit "milderen" Formen der weiblichen Genitalbeschneidung vergleichbar sei, in der Gesellschaft kaum vorhanden.

So wüssten viele Eltern nicht, dass Säuglinge während der Beschneidung besonders schwere Schmerzen erleiden, weil das schmerzunterdrückende System erst Monate nach der Geburt funktionstüchtig sei. Fallen die Kinder aufgrund der ungefilterten Qualen in einen traumatischen Schockzustand, würden die Eltern die plötzliche Ruhe sogar als Zeichen für die vermeintliche Harmlosigkeit der Beschneidung fehlinterpretieren.

In der hier zum Ausdruck kommenden "fehlenden Aufklärung beziehungsweise gezielten Desinformation der Eltern" liegt nach Ansicht des "AK Kinderrechte" das "Hauptproblem der gegenwärtigen Debatte": "Wüssten die Eltern über die dramatischen Konsequenzen der Zirkumzision Bescheid, müsste man über ein Beschneidungsverbot gar nicht mehr diskutieren, da die meisten Mütter und Väter von sich aus den Gedanken verwerfen würden, ihre Kinder beschneiden zu lassen."

Um nun im Sinne der Kinderrechte Druck auf die deutsche Politik auszuüben, hat die Giordano-Bruno-Stiftung eine Plakatkampagne entworfen, bei der sie auf möglichst breite Unterstützung seitens der Bevölkerung hofft. Dazu heißt es auf der Website www.pro-kinderrechte.de: "Mit jedem Euro, den Sie der Aktion zur Verfügung stellen, können wir mehr Plakatflächen mieten und damit die Wahrnehmung unseres Anliegens in der Öffentlichkeit stärken. Denn nur durch einen vehementen Protest der Bevölkerung wird die angestrebte Legalisierung der Zirkumzision noch verhindert werden können. Machen wir den Verantwortlichen in Politik und Justiz unmissverständlich klar, dass Zwangsbeschneidung Unrecht ist - auch bei Jungen!"

Siehe hierzu auch folgende Links:

<http://www.pro-kinderrechte.de/>

<http://www.helperia.de/spenden-aktionen/pro-kinderrechte>

http://pro-kinderrechte.de/wp-content/uploads/2012/08/faq_beschneidung.pdf

www.giordano-bruno-stiftung.de

"Doppelkassieren", OEG und Fonds

Thu, 18 Oct 2012 14:00:51, admin, [category: fonds-heimkinder, post_tag: fonds-heimkinder, post_tag: oeg, post_tag: rentenersatzleistungen]

Unlängst las ich im Blog von Dierk Schäfer einen Kommentar zum Artikel
"Fondsmittel sollen nicht auf andere Leistungen angerechnet werden – versprochen!":

"Ich verstehe das nicht ganz. Wenn jemand OEG Rente bekommt, dann aber noch den Fonds in Anspruch nehmen will, wäre er ja ein Doppelopfer bzw. würde zweimal kassieren: Das wäre nun wiederum den anderen gegenüber ungerecht. Entweder Opferrente, oder Fonds. Für mich ist das in Ordnung. Doppel-Dreifach- oder Zehnfachopfer sind wir ja alle mehr oder weniger. Da der Runde Tisch aber nicht differenziert hat, muß es wohl dabei bleiben: es gilt nur das Einmalopfer, egal, wie lange die Leidenzeit war, wie intensiv gelitten wurde, wie sehr geschädigt wurde. Gerech ist das ganze so oder so nicht."
An dem ganzen Kommentar war eigentlich nur der letzte Satz richtig: "Gerecht ist ganze so oder so nicht". Ansonsten soll hier die Sachlage OEG/Fonds mal ein bisschen unter die Lupe genommen werden:

Wenn ich einen Fahrradunfall habe und vom Verursacher Schmerzensgeld für ein gebrochenes Bein bekomme, mich dann auch noch ein Hund in dasselbe Bein beißt und ich auch für diese äußerst schmerzhafteste Angelegenheit Schmerzensgeld bekomme – wird mir dann der Schmerz in meinem Bein doppelt "vergütet"?

Außerdem sind OEG-Renten und Almosenzahlungen aus dem Fonds zwei grundsätzlich unterschiedliche Dinge: Die OEG-Rente wird anerkannt für körperliche Schäden. Die Rentenersatzleistungen sollen genau das sein, was der Name sagt: Ein Ersatz für die geminderte Rente durch nicht gezahlte Rentenbeiträge. Es geht hierbei weder um körperliche oder psychische Schäden, es geht nicht um Vergewaltigung, nicht um Folter, nicht um entgangene Lebens- oder Verdienstchancen. Es geht noch nicht einmal um die geklauten Löhne. Es werden pro Monat der Arbeit (!) nach dem vollendeten 14. Lebensjahr (Kinderarbeit gibt es umsonst!) Rentenersatzleistungen gezahlt. Das heißt, es wurde stumpf ausgerechnet, wieviel ein Hilfsarbeiter durchschnittlich verdiente, davon die Rentenabgaben, daraus die Rentenpunkte, etc. pp. Dann rechnet man, wie alt wir durchschnittlich sind – also, auf wie viele Jahre die Rente eigentlich noch hätte gezahlt werden müssen und so kommt man dann auf einen Betrag.

Natürlich ist der Betrag von 300 Euro pro Monat geleisteter Zwangsarbeit ein Witz, natürlich fallen all die da raus, die vor 14 schufteten mussten, oder die erst NACH 1975 14 wurden. Selbstverständlich wird niemand berücksichtigt, der in einem Heim für Kinder mit Behinderungen schuftete, oder in der Psychiatrie. Nun darf jeder selbst überlegen, wie viele Überlebende überhaupt in den Genuss auch nur der Rentenersatzleistungen kommen. Ich würde mal behaupten, dass da gar nicht schrecklich viele übrig bleiben.

Noch ein Wort zu den Rentenersatzleistungen:
Natürlich wird da kein Schadensersatz geleistet! Und dass diese Zahlungen überhaupt nur halbwegs von den Ehemaligen akzeptiert werden, liegt nach meiner Meinung an einem kleinen, jedoch bekannten und dabei höchst perfiden Trick der Einzahler: Erst einmal ganz tief unten ansetzen, dann langsam hochgehen. Erst den Betrag angleichen für Männer und Frauen, dann ein bisschen erhöhen, dann noch mal ein bisschen, dann die Deckelung rausnehmen. Und spätestens hier kann man sicher sein, dass einige etwas größere Summen erwarten können und zugreifen werden. Andere werden dann nachziehen. Für die Überlebenden ist dies verständlich und es sei jedem und jeder von Herzen gegönnt. Ist es doch auf jeden Fall viel zu wenig...

Zu "Sachleistungen"
kommt es, weil die "Geber" die Kontrolle über evtl. "Missbrauch" haben wollen... Und dabei sprachlich und inhaltlich geschickt von denen, die den eigentlich Missbrauch betrieben haben, ablenken – nämlich sich selbst! Auch hier gibt es in seltesten Fällen Überschneidungen mit Zahlungen gem. OEG.

Doppelopfer, zweimal kassieren und die Sprache der Täter
Wir sollten uns nicht dazu hinreißen lassen, die Sprache der Gegenseite, die Sprache der Täter zu übernehmen. "Kassieren" klingt irgendwie unbescheiden, undankbar und ungerechtfertigt. Und dann auch noch gleich zweimal! Das SOLL allerdings auch genauso klingen!

Ebenso wie "sexueller Kindesmissbrauch" irgendwie den gerechten sexuellen Gebrauch eines Kindes impliziert. Und auf jeden Fall gesellschaftsfähiger ist, als das etwas rüde "Kinderficken" - was den Vorgang dennoch auf das Präziseste beschreibt. Die andere Alternative, nämlich Vergewaltigung, wird ebenso peinlich vermieden.

Missbrauch hingegen (s.o.) wird gern und oft gebraucht, wenn es darum geht, die angebliche Unfähigkeit der Überlebenden mit Geld umzugehen, zu beschreiben.

Aus dem eher allgemeinen Sprachgebrauch sind solche Konstrukte zur Genüge bekannt:

- Mehr Eigenverantwortung übernehmen = Der Bürger soll mehr aus eigener Tasche zahlen

- Beitragsanpassung = Beitragserhöhung
- Nullwachstum = Stillstand
- Outsourcing = Entlassung von Personal
- Freisetzen = Entlassen
- Kollateralschaden = zivile Opfer im Krieg
- Entsorgungspark = Müllhalde
- Kernkraftwerk = Atomkraftwerk

Und in der letzten Zeit kommen noch einige neuere Euphemismen hinzu:

- Rettungsschirm oder -paket = Milliarden Euro Geschenke für selbstverschuldetes Verhalten der Banken
- Notleidende Banken = suggeriert die Banken als Opfer und nicht als die Täter, die sie wirklich sind

Ich möchte hier anregen, dass jede und jeder von uns die Dinge beim Namen nennt! Lasst uns nicht bei der Verschleierung helfen!

Klage vor dem Landgericht Köln

Thu, 18 Oct 2012 14:02:10, admin, [post_tag: gerichtsbareit, post_tag: geschichte, post_tag: jugendamt, category: gerichtsverhandlungen, post_tag: klage, post_tag: koln, post_tag: landgericht]

Die Klage von zwei ehemaligen Heimkindern gegen das Landesjugendamt wurde am 29.08.2012 in einem Verkündungstermin abgewiesen, da – laut Gericht – die Klägerinnen nicht präzise nachweisen konnten, dass die Aufsichtsbehörde (das Landesjugendamt) sich in genau dem in Frage kommenden Zeitraum und dem entsprechenden Heim einer Pflichtverletzung schuldig gemacht habe. Das Gericht ist in seiner Begründung auf die Beweislastumkehr (d.h. das Landesjugendamt muss beweisen, dass es seiner Aufsichtspflicht in Heim und Zeitpunkt sehr wohl nachgekommen war) nicht eingegangen.

Ebenso wenig ging das Gericht in seiner Begründung auf die Verjährung ein und gab damit zu verstehen, dass die Ansprüche ehemaliger Heimkinder nicht grundsätzlich verjährt seien!

Das Urteil lässt Fragen offen:

- In seiner Entscheidung beruft sich das Gericht auf ungenügende Beweise – dennoch hatte der Richter bei der Verhandlung im Juli hervorgehoben, dass den Darstellungen der Klägerinnen umfassend Glauben geschenkt werden müsse.
- Das Gericht machte sich den mehr als deutlichen Hinweis auf die Beweislastumkehr des BVerfG nicht zu eigen.

Es gibt nun Gründe und eine gute Basis, in die Berufung zu gehen:

1. Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Bescheid (1 BvR 3023/11) deutlich gemacht, dass den ehemaligen Heimkindern nicht unbedingt zugemutet werden könne, eindeutige Beweise zu erbringen, da sie erstens Kinder waren und sich zweitens in einer Ausnahmesituation befanden und unter Umständen bis weit in das Erwachsenenalter hinein traumatisiert waren. In diesem Bescheid sprachen die Bundesverfassungsrichter auch von der Möglichkeit der Beweislastumkehr. Das würde in diesem Fall bedeuten, dass das Landesjugendamt nachweisen müsste, dass es seiner Aufsichtspflicht in dem fraglichen Zeitpunkt zweifelsfrei nachgekommen ist!
2. Dass das Gericht in seiner Abweisung grundsätzlich die Frage der Verjährung ausklammert, ist Hinweis darauf, dass ein Gericht (selbst ein deutsches!) befinden kann (und wird), es gebe eine Hemmnis der Verjährung.

Besonders aber gilt: Wir haben NIE damit gerechnet, dass gleich das erste Verfahren bei der ersten Verhandlung erfolgreich sein wird. Immer wieder haben wir diskutiert, wer die Kraft und das Durchhaltevermögen hat, es bis zum obersten deutschen Gericht und dann womöglich weiter bis zum Europäischen Gerichtshof zu schaffen. Denn dort landet jemand, der vor deutschen Gerichten kein Recht bekommt. Es ist übrigens die einzige Möglichkeit sowohl vor dem Bundesgericht, dem Bundesverfassungsgericht oder auch vor dem Europäischen Gerichtshof Gehör zu bekommen:

"Nach dem verfassungsprozessrechtlichen Grundsatz der Subsidiarität, der in § 90, Abs. 2, BVerfGG zum Ausdruck kommt, ist auch eine unmittelbar gegen gesetzgeberische Maßnahmen gerichtete Verfassungsbeschwerde nur dann zulässig, wenn der Beshwerdeführer zuvor erfolglos alle ihm zur Verfügung stehenden und zumutbaren prozessualen Möglichkeiten ausgeschöpft hat, um eine Korrektur der geltend gemachten Verfassungsverletzung zu erreichen. Dadurch wird vermieden, dass das Bundesverfassungsgericht auf ungesicherter Tatsachen- und Rechtsgrundlage weitreichende Entscheidungen trifft. Das Durchlaufen des Rechtswegs ist insbesondere dann geboten, wenn die Gerichte durch die Ausnutzung einfachrechtlicher Entscheidungsspielräume auf verfassungsrechtliche Problemlagen reagieren könnten. Die vorherige Anrufung der Fachgerichte ist dann verzichtbar, wenn es offensichtlich sinn- und aussichtslos wäre, die gerügte Grundrechtsverletzung auf diesem Wege zu beheben."

Wir werden die beiden Klägerinnen aus unseren Reihen weiterhin solidarisch begleiten!

Generalvikar Kaspar unter Druck

Thu, 18 Oct 2012 14:03:16, admin, [post_tag: bischofe, post_tag: geschichte, category: leben-und-sterben-der-bischofe, post_tag: missbrauch, post_tag: misshandlungen, post_tag: vikar]

Generalvikar Franz Kaspar (rechts) muss sich wegen mangelnder Aufklärung rechtfertigen. Foto: dapd
Einem früheren Direktor des Bistums Limburg wird Vergewaltigung vorgeworfen. Sein Nachfolger muss sich den Vorwurf gefallen lassen, er habe zur Aufklärung zu wenig beigetragen.

Es sind unruhige Zeiten für Franz Josef Kaspar, den 74-jährigen Generalvikar des katholischen Bistums Limburg. Erst fiel Kaspar auf, weil er gemeinsam mit Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst in der First Class flog – ausgerechnet zu Sozialprojekten nach Indien. Dann grummelte es mächtig, als der Leiter des Frankfurter Hauses der Begegnung sein Amt verlor und entsetzte Katholiken in Kaspar die treibende Kraft erblickten und von einem "totalitären System" sprachen.

Nun macht ihm seine Vergangenheit als Stiftungsdirektor des Behindertenheims St. Vincenzstift in Rüdesheim-Aulhausen zu schaffen. Das Bistum trat am Wochenende Vorwürfen entgegen, "Dr. Kaspar habe sich an Vertuschungen von Missbrauchsfällen beteiligt". Das könne schon deshalb nicht richtig sein, "weil bis zu seinem Ausscheiden 2006 keine entsprechenden Vorwürfe gegen seinen Vorgänger erhoben worden" seien, hieß es in der Mitteilung. Vielmehr habe sich Kaspar Verdienste um das Ende der sogenannten "Schwarzen Pädagogik" erworben.

Hier kann man weiterlesen: <http://www.fr-online.de/rhein-main/vergewaltigungs-vorwurf-hinweise-auf-missbrauch-im-bistum-limburg-1472796.17271578.html>

US-Pfadfinder verschwiegen hunderte Missbrauchsfälle

Thu, 18 Oct 2012 14:04:58, admin, [category: internationales, post_tag: missbrauch, post_tag: pfadfinder, post_tag: usa]

Oregons Oberstes Gericht lässt 1200 Akten veröffentlichen

Die nationale Pfadfinderorganisation in den USA hat einem Bericht zufolge über zwei Jahrzehnte hinweg hunderte Missbrauchsfälle vor den Behörden verschwiegen. Allein in den Jahren 1970 bis 1991 sei die altehrwürdige Bewegung in mindestens 500 Fällen von Betroffenen, deren Eltern, von anderen Mitarbeitern oder durch anonyme Hinweise auf den Missbrauch junger Schützlinge aufmerksam gemacht worden, berichtete die "Los Angeles Times" am Sonntag (Ortszeit) nach der Durchsicht von 1600 vertraulichen Akten der Boy Scouts. In 80 Prozent der Fälle seien diese aber nicht weitergeleitet worden.

Quelle: <http://www.welt.de/newsticker/news2/article109278250/Zeitung-US-Pfadfinder-verschwiegen-hunderte-Missbrauchsfaelle.html>

Originalquelle (englisch): Los Angeles Times http://www.latimes.com/news/local/la-me-boyscouts-20120805-m.0.5822319_story

Trierer Bischof wirft erstmals Priester raus

Thu, 18 Oct 2012 14:06:38, admin, [post_tag: bischofe, post_tag: kirche, post_tag: kirchenrecht, category: leben-und-sterben-der-bischofe, post_tag: priester]

TRIER. "Wer Arme, Witwen, Fremde, Frauen, Schwache und Kleine ausbeutet, unterdrückt, versklavt, lädt schwere Schuld und Sünde auf sich und wird sich im Gottesgericht zu verantworten haben". Ein Satz unter vielen, stammte er nicht von jenem Mann, der über Jahre hinweg mehrere Jungen sexuell missbraucht haben soll und dennoch in der katholischen Kirche Karriere machen konnte. Der renommierte Theologe hatte auch im Bistum Trier eine leitende Aufgabe inne, nachdem er zuvor in Stuttgart an der Spitze eines bedeutenden Vereins gewirkt hatte. Selbst dem Papst ist der emeritierte Professor ein Begriff – als römischer Kurienkardinal soll Joseph Ratzinger ein Geleitwort zu dessen Habilitation verfasst haben.

Vor zwei Jahren sorgte der Fall des Missbrauchspriesters bundesweit für Aufsehen, unter anderem berichtete die Stuttgarter Zeitung ausführlich über die Hintergründe. Zuvor, nach eigener Darstellung im Frühjahr 2010, hatte das Bistum Trier erstmals Kenntnis von den Vorwürfen gegen den Priester erlangt. Entsprechend der Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz sei den Anschuldigungen nachgegangen und eine kirchenrechtliche Voruntersuchung eingeleitet worden. Nach deren Abschluss habe man dann die Glaubenskongregation in Rom über die Ergebnisse informiert, teilte das Bistum am Freitag mit. Die Glaubenskongregation prüfte die Unterlagen und wies den Fall an das Bistum zurück – allerdings mit der Maßgabe, auf Basis des kirchlichen Gesetzbuchs ein so genanntes außergerichtliches Strafverfahren auf dem Verwaltungsweg durchzuführen. Nach Abschluss dieses Verfahrens schlug Ackermann, der bekanntlich auch Missbrauchsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz ist, der Glaubenskongregation vor, den Priester aus dem Klerikerstand zu entlassen. Rom gab grünes Licht und

beauftragte den Trierer Bischof, das Entlassungsdekret auszufertigen. Das geschah am vergangenen Dienstag. Dass das Bistum erst heute an die Öffentlichkeit ging, begründete Ackermanns Sprecher damit, dass der Bischof zunächst die Opfer und auch den Täter habe informieren wollen.

Gegen die Entscheidung kann der Priester innerhalb einer Frist von 60 Tagen Rekurs bei der Glaubenskongregation einlegen, das hätte dann aufschiebende Wirkung. Dass sich der Vatikan von einem solchen Rekurs beeindrucken lassen würde, gilt indes als nahezu ausgeschlossen. Denn Rom war in das Verfahren eingebunden und müsste dann zurückrudern. Die Entlassung aus dem Klerikerstand sei das höchste Strafmaß, welche das Kirchenrecht vorsehe, unterstreicht man derweil hinterm Dom noch einmal die Bedeutung des Vorgangs. Der Priester verliere damit sämtliche Rechte, die mit seinem Priesteramt verbunden seien. Es sei überhaupt das erste Mal "in der jüngsten Geschichte des Bistums Trier, dass diese Strafe gegen einen Priester ausgesprochen wird, der sich des sexuellen Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen schuldig gemacht hat", teilte die Bischöfliche Pressestelle weiter mit.

Ackermann hat die Opfer des Priesters über diese Entscheidung informiert. In einem Schreiben bringt er "sein Bedauern für das Leid zum Ausdruck, das die Opfer durch den Priester erfahren mussten". Zugleich bittet der Bischof um Entschuldigung "für das, was ein Priester unseres Bistums getan hat, wohl wissend, dass damit nicht ungeschehen gemacht werden kann, was Ihnen widerfahren ist." Insgesamt sind im Bistum Trier seit Februar 2010 16 kirchenrechtliche Voruntersuchungen eingeleitet worden. Es ist aber das erste Verfahren, das mit einem Rauswurf aus dem Klerikerstand endet. Priester wird der Täter bis an sein Lebensende bleiben. Einmal geweiht, kann ihm dieser Status nicht mehr genommen werden.

Quelle: <http://www.16vor.de/index.php/2012/07/13/trierer-bischof-wirft-erstmal-priester-raus/>

Prügel vom lieben Gott

Thu, 18 Oct 2012 14:07:54, admin, [post_tag: autobiografie, post_tag: bischofe, post_tag: bucher, category: bucher-von-uberlebenden, post_tag: geschichte, post_tag: heimgeschichte, post_tag: heimkinder, post_tag: veh-e-v]

Gelesen in der Nr. 13997, hpd, dem Humanistischen Pressedienst, am 17.09.2012

(hpd) In den letzten Jahren wurde viel über das Schicksal von Kindern, die in kirchlichen Heimen aufwuchsen, bekannt. Die Öffentlichkeit zeigte sich betroffen. Doch das erste Buch, in dem von einem Betroffenen authentisch über die dortigen Zustände berichtet wird, erschien bereits 1981.

Es liest sich noch heute, obwohl literarisch verfremdet, wie eine Blaupause für all die folgenden Berichte. Nun wurde der Text, erweitert um ein ausführliches Vorwort, neu aufgelegt. hpd sprach mit dem Autor Alexander Markus Homes über Schwarze Pädagogik, seine Erinnerungen und die Erinnerungsfähigkeit von Kirchenfunktionären.

Ihr Buch ist ursprünglich 1981 erschienen und enthält alles, was nun herauskommt, Brutalität, sexuelle Übergriffe, Vertuschung. Ihre Geschichte ging damals groß durch die Medien – warum dauerte es noch mal über 20 Jahre, bis sich die deutsche Gesellschaft für das Schicksal der Heimkinder zu interessieren begann?

Alexander Markus Homes: Die Gesellschaft und die Medien waren offensichtlich erst in den letzten Jahren dazu bereit, sich mit dem Schicksal, dem Leid, der physischen, psychischen, verbalen und sexuellen Gewalt, die Hunderttausende ehemaliger Heimkinder in den letzten Jahrzehnten in konfessionellen und staatlichen Heimen erleben mussten, auseinanderzusetzen. Auslöser war das Buch von Peter Wensierski "Schläge im Namen des Herrn". Plötzlich war das Thema quasi über Nacht in allen Medien vertreten. Der Kölner Stadtanzeiger beispielsweise schrieb vor einigen Jahren: Was Homes mit seinen Buchveröffentlichungen in über 30 Jahren nicht gelungen ist, hat der Spiegel-Redakteur Peter Wensierski mit seinem Buch geschafft: die Medien und Öffentlichkeit für das Schicksal der ehemaligen Heimkinder zu sensibilisieren.

Besonders beeindruckend fand ich Ihre Schilderungen, wie die Kinder nach Nähe suchten – kann es sein, dass die katholischen Nonnen gerade damit nicht umgehend konnten?

Alexander Markus Homes: Wir Kinder haben die Nonnen nur als gefühllos, aggressiv, dominant erlebt. Diese Frauen waren nicht in der Lage, uns so etwas wie Nähe, Zärtlichkeit, Geborgenheit zu geben. Es ist bekannt, dass gerade Frauen, die den Nonnenberuf wählen, keinerlei Gefühle und Empathie für Kinder entwickeln können. Sie wurden, anders formuliert, wie männliche Geistliche in ihrer Kindheit schwer geschädigt; sie sind unreif, einsam, angepasst, autoritätsgläubig, unsicher und durch massive sexuelle Repression geprägt. Sie kompensieren das lebenslang wirkende Trauma, indem sie nur mit Gewalt, Autorität, Macht, Gefühlskälte Kindern und Jugendlichen begegnen können. Ihre sexualfeindliche, rigide, repressive, autoritäre und religiös fundamentalistische Erziehung führt bei den meisten ihrer Schützlinge zu einem Trauma.

Worin sehen Sie das spezifisch Christliche an der Form der "Schwarzen Pädagogik", die Sie erdulden mussten?

Alexander Markus Homes: Die konfessionelle Schwarze Pädagogik war geprägt von sadistischer militärischer Zucht und Ordnung, Disziplin, schlimmster repressiver psychischer, physischer Gewalt, Erniedrigung, Demütigung, Entmenslichung, Entrechtung usw. Sie zeichnete sich aus durch Menschenverachtung und Menschenrechtsverletzung.

Das lässt sich aber auch von anderen Versionen der Schwarzen Pädagogik sagen...

Alexander Markus Homes: Es waren die beiden großen Kirchen in Deutschland, die am Anfang der Heimdebatte, als die ersten Medienberichte erschienen waren, großmäulig von Einzelfällen sprachen. Und davon, dass damals auch in den Familien Zucht, Ordnung und die Prügelstrafe herrschten. Der Mainzer Bischof und Kardinal Karl Lehmann verwahrte sich in den 90er Jahren ganz entschieden dagegen, dass ich in meinem Buch "Heimerziehung – Lebenshilfe oder Beugehaft" und öffentlich die Terminologie Schwarze Pädagogik benutzte, um das zu beschreiben, was Heimkinder bis Mitte der 90er Jahre in katholischen Heimen an schlimmster Gewalt erdulden mussten. Was wurde mit dieser – klerikalen – Schwarzen Pädagogik verfolgt? Das Ziel war eindeutig: eine Zwangsmissionierung von jungen Menschen in kirchlichen Anstalten mit brutalster Gewalt in all ihren Facetten. Und zugegeben, sie hatten Erfolg: Das Christentum wurde hunderttausendfach

in Kinderseelen hineingeprügelt, man kann auch sagen: implantiert.

Sie haben der Neuauflage Ihres Buches ein längeres Vorwort vorangestellt. Darin gehen Sie auch der Frage nach, wer wann was gewusst haben könnte. Haben Sie Indizien, dass Heimleiter oder andere Verantwortliche früher Bescheid wussten, als sie heute angeben?

Alexander Markus Homes: Der heutige Generalvikar des Bistums Limburg, Franz Josef Kaspar, war von Dezember 1970 bis Juni 2006 im St. Vincenzstift Stiftungsdirektor. Vor 1970 hatte er mindestens auf einer Heimgruppe an mehrwöchiges Praktikum absolviert, auf der Kinder malträtiert worden sind.

Ich frage mich: hat er möglicherweise die Anwendung von Gewalt durch Mitarbeiter beobachtet – oder wurde er durch Erzieherinnen entsprechend aufgeklärt? Oder hat er sie gesehen: die Kinder, ihre schmerzverzerrten Gesichter, mit Tränen in den Augen? Dafür könnte die Tatsache sprechen, dass er und die Leitungskonferenz veranlasst haben, dass kurz nach seiner Berufung zum Stiftungsdirektor "alle Mitarbeiter mit pädagogischen Aufgaben" eine schriftliche Erklärung abgeben mussten. Eine Erklärung, in der sie sich verpflichteten, keine körperliche Gewalt gegenüber Betreuten anzuwenden. Es ist mittlerweile bekannt, dass sein Vorgänger, der Priester Rudolf Müller, sich nicht nur körperlich an Mädchen und Jungen vergangen hat; er hat auch einige von ihnen sexuell missbraucht und vergewaltigt. Anfang September 1970 nahm sich der Geistliche das Leben, nachdem Personal eine Unterschriftenaktion gegen ihn startete und das Bistum Limburg einschaltete. Mir gegenüber räumt der heutige Generalvikar über seine Anwälte immerhin ein, von der Unterschriftenaktion gewusst zu haben und von Vorwürfen, wonach sich Müller "unsittlich" einer im Heim beschäftigten jungen Frau genähert haben soll. Er ließ über seine Anwälte weiter vortragen: "Diese Vorwürfe waren auch dem damaligen Direktor des Amtsgerichts Rüdesheim bekannt, der unserem Mandanten gegenüber ausdrücklich erklärt hatte, der Vorwurf reiche nicht für einen Anfangsverdacht einer strafbaren Handlung aus." Das kann nach meiner Meinung nur bedeuten, dass er zu Lebzeiten des Herrn Müller hierüber Kenntnis erlangt haben muss. Es macht keinen Sinn, nach dessen Tod sich mit dem Direktor des Amtsgerichts über diesen Fall zu unterhalten und sich quasi versichern zu lassen, dass kein Anfangsverdacht einer strafbaren Handlung vorliegt. Ich frage mich: wusste der heutige Generalvikar des Bistums Limburg nichts von den Gerüchten über sexuelle Übergriffe, die spätestens 1970, als Müller in Kur war, offenbar im St. Vincenzstift kursierten? Im Bischöflichen Ordinariat in Limburg wurde ein entsprechender Vermerk angefertigt.

Im Übrigen: Der heutige Generalvikar ließ in seiner Zeit als Stiftungsdirektor zwei Nonnen weiterarbeiten, die bereits damals von Ehemaligen wegen schwerer Misshandlungen von Schutzbefohlenen beschuldigt wurden; eine wurde sogar unter Kaspar Oberin. Erst im Sommer 2011 trennte man sich von diesen Nonnen!

Sind Ihnen bei Ihren Recherchen auch Kirchenleute begegnet, die sich für eine ehrliche und konsequente Aufarbeitung der Zustände in kirchlichen Heimen einsetzen?

Alexander Markus Homes: Ich habe einen guten Eindruck von dem neuen Direktor des Stifts, der sich dafür stark macht, dass die Geschichte des Heimes aufgearbeitet wird. Einen Kritikpunkt habe ich dennoch: Er hat bis 2011 Nonnen weiterbeschäftigt bzw. im Heim wohnen lassen, von denen bekannt war, dass sie junge Menschen über sehr viele Jahre hinweg malträtiert haben. Diesen Vorwurf richte ich aber in erster Linie an seinem Vorgänger, Generalvikar Franz Kaspar. Dieser hat es, wie gesagt, sogar zugelassen, dass eine der Nonnen Oberin wurde.

Sie sprechen im Vorwort auch die damaligen Versuche an, ihr Buch zu unterdrücken. Fürchten Sie auch für die Neuauflage juristische Schritte?

Alexander Markus Homes: Ja, ich muss davon ausgehen, dass der heutige Generalvikar alles unternehmen wird, um die Verbreitung des Buches zu verhindern. Der Kleriker hatte bereits in seiner Eigenschaft als Stiftungsdirektor 1981 eine einstweilige Verfügung gegen die "Prügel vom lieben Gott" erwirkt. Kaspar, mit dessen Rolle als Stiftungsdirektor ich mich in meinem Buch ausführlich auseinandersetze, kann es sich nicht leisten, im Jahre 2012 mit seiner Vergangenheit konfrontiert zu werden. Er scheut im Übrigen eine direkte Konfrontation, Auseinandersetzung mit mir. Auch in den 90er Jahren hat er, "Hand in Hand" mit dem Mainzer Bischof Karl Lehmann, nichts unversucht gelassen, damit ein weiteres Buch von mir, "Heimerziehung – Lebenshilfe oder Beugehaft. Gewalt und Lust im Namen Gottes", das sich mit körperlicher und sexueller Gewalt in Heimen beschäftigt, keine größere Verbreitung findet.

Herr Homes, im Rückblick: Gibt es irgendwas Positives, das sie aus Ihrer Heim-Kindheit mitnehmen konnten?

Alexander Markus Homes: Nein, wirklich nicht! Ich habe mit Ehemaligen Kontakt, die durch die im St. Vincenzstift erlittene Gewalt schwer traumatisiert sind. Einige haben versucht, mit dem heutigen Generalvikar persönlich zu sprechen, ohne Erfolg. Dieser meidet jeden Kontakt zu den Opfern.

Ich danke für das Gespräch.
Die Fragen stellte Martin Bauer.

Alexander Markus Homes: Prügel vom lieben Gott. Eine Heimbiografie. Erweiterte Neuauflage. Aschaffenburg: Alibri Verlag 2012. 141 Seiten, kartoniert, Euro 12,50, ISBN 978-3-86569-023-4

Das Buch ist auch [im denkladen erhältlich](#).

Kirchenaustritt und Wahlboykott

Thu, 18 Oct 2012 14:08:52, admin, [post_tag: kirche, post_tag: kirchenaustritt, category: leben-und-sterben-der-bischofe, post_tag: politik, post_tag: religion, post_tag: veh-e-v, post_tag: wahlboykott]

Uns hat ein interessanter Aufruf eines Überlebenden deutscher Heimkinderhöhlen erreicht:

Sehr geehrte Frau Heidi Dettinger,

ich nehme mal an das Sie in irgend einer Weiße mit der Heimerziehung in Verbindung stehen oder standen und Ihnen die Problematik bekannt ist.

Ich gehöre zu den geschädigten Heimkindern und seit dem das Ergebnis des runden Tisches vorliegt versuche ich einen Opferanwalt zu finden, bis heute vergebens.

Trotzdem bin ich nicht bereit mich mit dem Abzufinden.

Angeblich soll es 800.000 geschädigte Heimkinder gegen. 800.000 Heimkinder stellen eine Macht bei jeder Wahl dar.

2011 bin ich aus der Kirche ausgetreten und habe vor dem Kirchenaustritt den Kardinal Lehmann in Mainz davon in Kenntnis gesetzt.

Ich habe keine Antwort erhalten.

Meine Kinder sind hier getauft, zur Kommunion gegangen und Messdiener. Als ich dem Kardinal den Kirchenaustritt meiner ganzen Familie und Freunde mitteilte 47 Personen, mit Angabe der Namen, Wohnort, Kirchensteuerzahlung bekam ich Besuch vom Gemeindepfarrer.

Das zeigt, nicht die Sache macht es, sondern die Menge.

Seit 2011 gehe ich auch zu keiner Wahl mehr und kündige das auch den Politikern und Parteien vor der Wahl an.

Auf meine Ankündigung kam nichts.

Ich bin davon überzeugt, wenn alle Heimkinder in Mainz nicht zur Bürgermeisterwahl gegangen wären und das den Politikern vor der Wahl mitgeteilt hätten, die Politiker hätten sich gemeldet,

So ist das auch bei der jetzigen Bundestagswahl 2013,

Ich gehe nicht wählen und bin dabei das den Politikern und Parteien mitzuteilen und ich gehe erst wieder zur Wahl wenn sich etwas in der Entschädigung der Heimkinder tut. Nur die, die meine Mail lesen werden lachen und die Mail löschen.

Wenn aber nur 10% der 800.000 Heimkinder, deren Frauen, Kinder und Enkel den Politikern mailen das sie nicht zur Wahl gegen und dann auch nicht wählen wird sich ganz schnell was ändern.

Diese Mail werden nicht so einfach gelöscht und diese Mails werden die Politiker zwingen sich mit der Problematik der Entschädigung sich noch einmal auseinander zu setzen.

Herbst-Vollversammlung – Bischöfe treffen sich in Fulda

Thu, 18 Oct 2012 14:10:30, admin, [post_tag: bischofe, post_tag: geschichte, post_tag: kirche, category: leben-und-sterben-der-bischofe, post_tag: veh-e-v]

»Diskutieren will die Bischofskonferenz auch den Abschlussbericht der bundesweiten Hotline der katholischen Kirche für ehemalige Heimkinder und den Eucharistischen Kongress 2013 in Köln.«

http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=36094&key=hessen_vtx_meldung_46155967 Montag, 24. September 2012

Eucharistie hat theologisch gesehen durchaus mit dem Betrug der ehemaligen Heimkinder am Runden Tisch zu tun. Aber es war doch gar kein Betrug – oder? (Dierk Schäfers Blog)

Kommentare:

Die bischöflichen Herren werden sich nun als Diskutanten gegenseitig bestätigen, wie "schnell" und "großzügig" sie ihre (zu bezahlende) Hotline (Wurde vor Monaten geschlossen!) auf die "wenigen Einzelfälle" von Misshandlungen und sexuellen Missbrauch reagiert haben.

Die Schmach der jämmerlichen paderbornischen Hintertreppenflucht vor ihren, in jungen Jahren geprügelten, missionierten in Zwangsarbeit gehaltenen und vergewaltigten Schäfchen, wird wohl kaum ein Thema sein. Schließlich geht es einzig und allein darum, eine aus ihrer Sicht "positive historische Tatsache" in ihren Kirchenanaln verschwinden zu lassen. – Wieder einmal!

Die ungeheuerlichen Listen der elendigen kirchlichen Verbrechen haben somit einen neuen weiteren Eintrag bekommen. – Und wenn man genau hinhört, dann wird man in der Runde der Oberhirten ein erleichterndes Aufatmen hören. – Darauf müssen und können sie einfach nur stolz sein!

Vielen der klerikalen Täter/innen sind wieder einmal ungeschoren (sind ja auch nur Schäfchen) davon gekommen. Das, was sie den Kindern und Jugendlichen angetan haben, schert sie einen Dreck. Es juckt sie nicht einmal! Nein, es gibt für sie keine Empathie! Die Frage: Was ist ein traumatisiertes Leben wert? NO! Kein Interesse darüber nachzudenken! NICHTS!

Sie, die Opfer und Überlebenden haben sich mit dieser erlebten und nun wieder gegenwärtigen fürchterlichen kirchlichen und staatlichen Willkür abzufinden. – Schwamm drüber!

Ein katholischer Pressesprecher eines Bistums erdreiste sich kürzlich, die Glaubwürdigkeit der Opfer sexuellen Missbrauchs in Frage zu stellen. Ob sie tatsächlich Opfer von sexuellen Übergriffen geworden sind, könne nicht "im Sinne eines zweifelsfreien Beweises der Vorwürfe" aufgeklärt werden. – So sprechen Täter! Perfider geht's nun wirklich nicht mehr!

Damals war es vollkommen egal, was ein Heimkind erzählte! Wenn es sich dann noch traute und seine Vergewaltigung bei einem Erzieher oder einer Erzieherin meldete, wurde es sofort der Lüge bezichtigt und noch zusätzlich mit Prügel oder Wegsperrern abgestraft. Das sind

Fakten! Zigma passiert! Tatsachen interessieren diese "Weißwäscher" nicht!

So hält man die überlebenden Opfer davon ab sich zu outen. Sich wieder dieser widerwärtigen Diffamierung auszusetzen.

Das genau wollen diese scheinheiligen Prediger der kaltherzig propagierten Nächstenliebe!
(Dirk Friedrich)

Die Bischöfe haben das Thema "Ehemalige Heimkinder" ganz offensichtlich ad acta gelegt. Aber – wir sind kein "Thema", sondern lebende Menschen, die in ihrer Kindheit und Jugend u.a. in Einrichtungen der katholischen Kirche ausgebeutet, gefoltert und vergewaltigt wurden.

Wir wollen, dass die Bischöfe sich mit uns auseinandersetzen, sich nicht mediengerecht vor ihrem Gott auf den Bauch legen und diesen um Vergebung anflehen, sondern vor uns, ihren Opfern!

Wir wollen, dass die Bischöfe sich stellen und nicht – wie in Paderborn geschehen – feige über eine Hintertreppe fliehen, um einer Konfrontation zu entgehen. Dazu gehört eben auch, dass sie sich unseren Vorwürfen, unserer Wut, unserem Hass, unserem Unverstehen stellen.

Und ganz selbstverständlich gehört dazu, dass sie nicht nur versuchen, das beschädigte Image ihrer Kirche wieder aufpolieren und Vertrauen zurückgewinnen.

Dazu gehört, dass sie auf die Einrede der Verjährung in Prozessen verzichten.

Dazu gehört, dass sie nicht versuchen, denen, deren Leben in ihren Kinderhöhlen zerstört wurden, mit Almosen abzuspeisen, sondern ihnen eine Entschädigung zahlen, die diesen Namen verdient.

Wir werden keine Ruhe geben!
(Heidi Dettinger)

Das kommt mir ganz schön spanisch vor...

(unpublished), admin, [category: uncategorized]

Medikamente 13: Arzneimittel-Versuche an Heimkindern und Kranken

Wed, 18 Oct 2017 14:53:10, admin, []

Medikamententests an Heimkindern und psychisch Kranken im Landeskrankenhaus Schleswig haben möglicherweise weit größere Ausmaße als bisher angenommen. Betroffen sein könnten 3500 Personen, darunter 1000 Kinder und Jugendliche. Die Opfer werden finanziell entschädigt.

Artikel veröffentlicht: 17. Oktober 2017 23:10 Uhr

Nach aktuellem Kenntnisstand des Kieler Sozialministeriums waren in der Kinder- und Jugendpsychiatrie vier Probandengruppen mit insgesamt 748 Personen von Medikamentenversuchen betroffen.

Quelle: dpa (Archiv)

Schleswig. Zunächst war bekannt geworden, dass ein inzwischen verstorbener Arzt in der Schleswiger Jugendpsychiatrie des damaligen Landeskrankenhauses Psychopharmaka an 95 Kindern und Jugendlichen ab einem Alter von drei Jahren getestet hatte. Laut einem NDR-Bericht wurden Medikamente vor deren Markteinführung aber an „mindestens 3500 Probanden“ getestet, auch an Patienten in der Erwachsenen-Psychiatrie in Schleswig- Stadtfeld. Allein 300 Kindern sei der leistungssteigernde Wirkstoff Encephabol verabreicht worden – ohne Einwilligung. Der Sender bezieht sich auf die intensive Auswertung wissenschaftlicher Publikationen aus jener Zeit. Die Vorfälle ereigneten sich von 1964 bis 1977.

Nach aktuellem Kenntnisstand des Kieler Sozialministeriums waren in der Kinder- und Jugendpsychiatrie vier Probandengruppen mit insgesamt 748 Personen von Medikamentenversuchen betroffen. Diese Zahl könne aber nicht als endgültig angesehen werden. Zum einen sei unklar, ob es bei dieser Zählung möglicherweise Überschneidungen gebe, zum anderen bilde die bisherige Auswertung „noch kein vollständiges und belastbares Bild“ ab, erläuterte ein Ministeriumssprecher. In der Erwachsenen-Psychiatrie seien den ausgewerteten Veröffentlichungen zufolge Probandengruppen in einer Stärke zwischen 30 und 124 Patienten für Tests missbraucht worden. Das Sozialministerium geht davon aus, dass mehr als ein Arzt in die Vorgänge verwickelt war.

Auch die Zahl von Opfern, die sich nach einem Aufruf meldeten, deutet darauf hin, dass der Kreis der Betroffenen größer ist als ursprünglich angenommen. 221 Menschen haben sich in Schleswig-Holstein gemeldet und einen Anspruch auf Anerkennungsleistungen geltend gemacht. 85 Anträge sind laut Ministerium bewilligt. Insgesamt seien 902000 Euro ausgezahlt worden. Opfer werden mit der Pauschalsumme von 9000 Euro und einer Rentenersatzleistung von bis zu 5000 Euro entschädigt.

Er wisse, dass erlittenes Unrecht durch eine Entschuldigung nicht wiedergut gemacht werden kann, sagte Landessozialminister Heiner Garg (FDP). „Trotzdem sehe ich mich in der moralischen Verpflichtung, mich im Namen der Landesregierung für dieses Leid zu entschuldigen.“ Eine Studie soll die Vorgänge in Schleswig nun aufarbeiten. Der Landeshaushalt stellt dafür 100 000 Euro zur Verfügung.

Die Pharmazeutin Sylvia Wagner war bei der Auswertung von Archivmaterial und historischen Fachzeitschriften als Erste auf den Skandal gestoßen. Dabei hatte sie Belege für bundesweit 50 illegale Versuchsreihen gefunden, zwei in Schleswig-Holstein.

Bei 65 Heranwachsenden im Landeskrankenhaus Schleswig hatte der Arzt seine Versuche mit dem Neuroleptikum Haloperidol mit der Begründung gerechtfertigt, seine Patienten neigten zu Aggressionen und „exzessiver Masturbation“. Bei den verantwortlichen Medizinern und Amtsträgern habe es sich „in nicht unerheblichem Maße“ um ehemals hohe NS-Funktionäre gehandelt, schreibt Wagner in ihrer Doktorarbeit. Ein ehemaliges Heimkind erinnert sich, Säfte und Tabletten bekommen zu haben. „Du bist festgehalten worden, Nase zugehalten, Tablette rein.“

Studie soll Hintergründe beleuchten

Neben der individuellen Hilfe bemüht sich das Land auch um die wissenschaftliche Aufarbeitung von Misshandlungen durch Medikamentenversuche. An einer interdisziplinär angelegten Studie sollen Experten aus den Fachrichtungen Medizin, Rechtswissenschaften, Geschichte und Philosophie mit forschungsethischer Ausrichtung teilnehmen. Die Untersuchung ist auf zwei Jahre angelegt.

Sozialminister Heiner Garg (FDP) erwartet, „dass sich Pharma-Unternehmen offensiv und umfassend an der Aufklärung beteiligen“.

Curd Tönnemann

Rundbrief 1/2018

Mon, 12 Feb 2018 00:46:52, admin, []

[Rundbrief 1/2018](#)

Rundbrief 2/2018

Sat, 05 May 2018 17:24:10, admin, []

Hier finden Sie unseren 2. Rundbrief des Jahres 2018. Zum Öffnen klicken Sie bitte auf unten stehenden Link

[Mai 2018](#)

Rundbrief 2/2019

Tue, 05 Mar 2019 05:15:57, admin, []

Einladung zur Mitgliederversammlung
des Vereins Ehemaliger Heimkinder e.V.

[Zum Öffnen hier klicken](#)

Rundbrief 1/2019

Sun, 20 Jan 2019 06:00:26, admin, []

[Zum Öffnen hier klicken](#)

Dierk Schaefers Blog »Es gefällt mir sehr gut in Mariazell.«

Thu, 18 Oct 2012 14:12:19, admin, [category: dierk-schaefers-blog, post_tag: kinderrechte, post_tag: kirche, post_tag: padagogik, post_tag: psychologie, post_tag: theologie, post_tag: veh-e-v]

Auch in der Schweiz gab es Kinderheimhöllen. Zwei Studien haben die Vergangenheit historisch aufgearbeitet.
<http://bazonline.ch/22947066/print.html>

Kommentar Helmut Jacob

der dreck der kirchen ist international. wenn luzern in deutschland wäre, würde alles 1:1 passen.

Kommentar Dirk Friedrich

Richtig, Herr Jacob!

Und wenn ich dann höre, dass Heimkinder "pathologische" Lügner/innen sind, die "fantasieren", die sich nur solche Geschichten ausdenken, um bei den Anlaufstellen "abzuzocken", dann könnte ich zur "Wildsau" werden!

Ich frage mich, wann endlich die katholischen Ordensgemeinschaften, die vieles, das in dem Artikel beschrieben wird – und hier in Deutschland – verbrochen haben, zur Verantwortung gezogen werden!

Die dümmlichen Hinweise, dass die Nonnen und Brüder, ja sehr alt oder längst verstorben sind, ziehen nicht! Oder die mitleidheischende öffentliche Mitteilung, dass die klerikalen Tanten und Onkels, ...ach so alt und krank seien.... Nein, das zieht auch nicht! Diese "Geistlichen" haben zehntausende von Existenzen auf dem Gewissen! Bis hin zu den Suiziden von Kindern und Jugendlichen, und die, die auch später das Erlittene nicht verarbeiten konnten. Die sich selbst getötet haben. Unendliches Leid zufügen, das war ihr Geschäft. Für sich selbst, da sie Sadisten oder Sadistinnen waren, oder für ihren fantastischen Herrgott. Das muss man sich mal vorstellen und dabei ruhig bleiben?

Nee, so nicht!

Die wenigen Ordenstrachtträger/innen, die sich hinter den Klostermauern verschanzen und von ihren Oberinnen und Äbten schön aus der öffentlichen Diskussion heraus gehalten werden, sollte man für ihre Verbrechen an den Kindern und Jugendlichen vor den Richter zerren. Aber, da ja auch "Vater" Staat – mit unendlich viel Dreck am Stecken – involviert ist, wird das wohl bis zum Sankt Nimmerleinstag nichts werden.

Da sind sich die Kirchen und die Politik einig! Ein paar kleine Almosen verteilen und schon stimmt ihr Gleichgewicht wieder.

Man gönnt sich ja sonst nichts! Ganz einfach und Toll!

Kommentar Dierk Schäfer

Das ist eine verengte Sichtweise. Ohne Kirchen wäre es nicht besser. Was bei den Kirchen besonders stört, ist die ideologisch unterfütterte Gewaltanwendung. Doch das ist bei den staatlichen Einrichtungen in der DDR nicht anders gewesen, und die Ideologen im Iran rechtfertigen sogar Vergewaltigungen religiös. Auch die Gewaltexzesse in Abu Ghraib hatten nichts mit Kirche zu tun. All dies entschuldigt die Mißhandlungen der Heimkinder in kirchlichen Einrichtungen nicht, und auch nicht die Kirchen.

Aber die Probleme müssen sachlicher benannt werden. Wenn ein Mensch unkontrollierte Gewalt über Wehrlose hat, neigt er dazu, diese zu mißbrauchen, wenn er nicht über innere Gewaltschwellen verfügt, was wiederum situationsabhängig sein kann, so daß auch ein friedlicher Mensch unter Umständen Dinge tut, die er sich nicht zugetraut hätte. Hat er sie aber getan, ist die Reue leider selten. Dann kommen die Rechtfertigungen, die wir alle kennen.

Ich kann nicht abschätzen, inwieweit die Religion dazu beigetragen hat, Gewaltschwellen aufzubauen. Die Heimkinder haben ihre eigenen Erfahrungen, doch sie zu verallgemeinern, erscheint mir bei allem Verständnis zu einfach.

Kommentar Helmut Jacob

"Ein paar kleine Almosen verteilen und schon stimmt ihr Gleichgewicht wieder."

wobei ein weiterer mosaikbrocken der moralischen verluderung unserer kirchen in der tatsache zu finden ist, das die meisten verbrechensnester unter ihrer regie entstanden, sie aber nur ein drittel der almosen zahlen und sie, als rechtsnachfolger, der gesellschaft die größten summen aufs Auge drücken. so wenig moral muss man erst einmal besitzen, um kein schlechtes gewissen dabei zu haben.

Kommentar Heidi Dettinger

Die ideologische Verbrämung der Gewalt und der Gewaltexzesse – das ist etwas was die Kirche hervorragend kann. Und sie hat ihre Meisterschaft im Laufe der Jahrhunderte des öfteren unter Beweis gestellt.

Natürlich hat das mit Religion zu tun. Und das der Islam das auch kann, widerlegt Herrn Friedrich natürlich in keiner Weise. Eher im Gegenteil würde ich sagen.

Und wie kommen Sie denn darauf, dass Abu Grhaib nichts mit Kirche und Religion zu tun hatte? Die Gleichung für den doch reichlich religiösen Herrn Busch war doch ganz einfach:

Irak + Islam = Extremismus bzw. Islamismus

Islamismus + Flugzeuge = Zerstörung der Twin Towers

Twin Tower = Krieg = Irak = Islamismus = Abu Grhaib

Ohne Religionen wäre das keine Gleichung. Allerdings: Ohne Erdöl auch nicht. Und so sieht es denn bei den Heimkindern und deren Leiden auch aus:

Die bösen Kinder müssen gebrochen werden, um sie zu ordentlichen Menschen wieder zusammensetzen. Das ist durchaus mit der Kirche und der darin herrschenden Religion zu begründen und zu rechtfertigen.

Zum Brechen der Kinder sind alle Mittel recht: Folter, Vergewaltigung, Ausbeutung jeglicher Art.

Natürlich spielt auch hier das "Erdöl" eine wichtige Rolle: Die ökonomische Ausbeutung der Kinder und Jugendlichen hat den Kirchen und Ordensgemeinschaften riesige Summen in die klebrigen Taschen gespült.

Und wie es so ist, mit denen, die an der Macht sind... Freiwillig geben sie nichts her! Und im Almosen geben war die Kirche auch immer ziemlich groß. Das hat zwar niemandem wirklich geholfen, aber doch die Mäuler einigermaßen gestopft.

Kommentar Dirk Friedrich

Lieber Herr Schäfer,
Sie haben Recht!

Tatsächlich habe ich eine "verengte Sichtweise".

Ich bin in dem damaligen Heimsystem groß geworden. Habe "Werte" beigebracht bekommen, die gar nicht zuließen, mich anderweitig und "frei" orientieren zu können, um eine eigene Sichtweise zu bekommen. Knapp 14 Jahre – vom Baby bis zum Heranwachsenden – hatte ich das "Glück" nicht zu merken und zu wissen, dass es auch Liebe, Zuwendung und Verständnis auf der anderen Seite des zwei Meter hohen Zaunes – natürlich Stacheldraht bewehrt – geben kann. Erst nach den 14 Jahren Heimkarriere, als ich in ein NICHTS gestoßen und gestolpert wurde, konnte ich "fürs Leben lernen". Sehr spät und mit riesigen Defiziten behaftete – manche gibt es noch heute – und einer damaligen unglaublichen Angst vor der – durch die Nonnen indoktrinierten "bösen Welt mit ihren Dämonen und Teufeln" – musste ich mir meine Überlebensnische suchen.

Ich hatte tatsächlich Glück und bin an der "bösen Welt" nicht zerbrochen. Manche, die mit mir in den verschiedenen Heimen waren, gibt es nicht mehr. Sie haben ihrem Leben ein Ende gesetzt. Andere rennen noch heute vor Justiz und Knast davon.

Sicherlich habe ich heute eine andere Sichtweise als damals, wenn auch "verengt". Die vergangene Kindheit, das Kind in mir, werde ich nicht los. Es kann noch nicht verzeihen und zur Tagesordnung übergehen, wie es die klerikalen Sadistinnen und Prügelnonnen gern hätten. Es hat aber überlebt! Darauf bin ich, aller Defizite zum Trotz, sehr stolz!

All die dümmlichen und frommen Sprüche, das man verzeihen und vergeben soll, damit Ruhe in ein einem selbst einkehrt, halte ich für ein jämmerliches Tätergeschwätz.

So hätten sie es gern, damit sie weiter machen können und ihr Gewissen "reingewaschen" ist.

Ohne mich!

Kommentar Hildegard Neumeyer

Herr Friederich

Sie sprechen mir voll aus meinen Herzen.

Da ich inzwischen Das Buch (Der das Schreien der jungen Raben nicht überhört) dazu die Predigt zur Vorstellung

ANMERKUNG! Dierk Schäfer

Aus dieser Kommentar-Diskussion entstand der folgende Artikel:

Lieber Herr Friedrich,

Ihr Kommentar hat mir nicht nur gefallen, sondern mich auch innerlich bewegt.

<http://dierkschaefer.wordpress.com/2012/10/05/es-gefällt-mir-sehr-gut-in-mariazell/#comments>

Sie beschreiben sehr gut die anhaltenden Wirkungen kirchlicher Heimerziehung und ich wünschte, die Verantwortlichen würden Ihren Kommentar lesen und beherzigen.

Wenn ich von einer verengten Sichtweise geschrieben habe, so soll das nicht als Vorwurf verstanden werden, sondern exakt als Folgewirkung Ihrer Erlebnisse, die nicht Sie zu verantworten haben. Niemand kann Ihnen das Recht nehmen, die Kirchen und die Religion nach Ihren Erlebnissen zu beurteilen. Und ich will nicht in der Rolle der merkwürdigen Freunde Hiobs gesehen werden, die das Unrecht, das er erleidet, bagatellisieren oder ihm gar anlasten. Soweit Sie Interesse haben lesen Sie mein Nachtcafé. Dort geht es um das "Leiden des Gerechten" – und unsere fehlenden Antworten darauf.

Mir ging es, und darum nehme ich dafür noch einmal einen speziellen Beitrag, um die Verengung, die uns in der Sache nicht weiterführt. Bei allen berechtigten Anklagen und ohne die Kirchen in Schutz nehmen zu wollen, geht es um die Ursachen der Mißachtung der Menschenrechte. Dazu muß ich etwas weiter ausholen.

Kürzlich erschien in der Zeitschrift "Christ-in-der-Gegenwart" der Artikel: »Wie gefährlich ist Religion?« Er ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Bereits Jan Assmann hatte in seinem Buch Moses, der Ägypter auf den Zusammenhang von Intoleranz mit monotheistischen Religionen verwiesen. Er sieht die jüdische Religion in der Tradition Echnatons, der tatsächlich religiös intolerant war. Doch das Judentum ist nur im Anspruch intolerant. Jeder, der einmal bei einem Seder-Abend dabei war, wird die Erfahrung gemacht haben, nur Zaungast bei einem Familienfest von Gott und seinem auserwählten Volk zu sein. Doch diese Familie wollte immer unter sich bleiben, sie missionierte nicht, weil sie fixiert war auf ihren Vertrag mit Gott und dafür bereit war, geradezu masochistisch an eine Schwarze Pädagogik Gottes zu glauben. Das Judentum ist keine Erlösungsreligion.

Erst die Verbindung von Monotheismus und jenseits orientierten Erlösungsgedanken[1]

[1] Im Unterschied zum Judentum wurde in den Erlösungsreligionen das irdische Dasein zur Teststrecke: Vom irdischen Jammertal zum Freudensaal, andernfalls zur ewigen Qual

schuf die Erlaubnis, ja, das Erfordernis, seinen Mitmenschen aus lauter Menschenfreundlichkeit zu "retten". Dies macht die erschreckende Kehrseite des Christentums deutlich, aber auch des Islam, wobei wir es dort eher mit einer Gesetzesreligion zu tun haben, die auch ohne menschenfreundliche Absichten durchgesetzt werden will. Interessant sind der Zusammenstoß beider Erlösungsreligionen und die teils bis heute anhaltende Geschichtspflege.

(<http://www.flickr.com/photos/dierkschaefer/8064632755/in/photostream/>)

Der Artikel rekurriert allerdings nicht auf Assmann, sondern auf Beck, welcher plakativer argumentiert und darum leichter abgetan werden kann, insbesondere durch das gewichtige Argument: »Die größten Bewegungen des Atheismus haben im 20. Jahrhundert in Verbindung mit Stalinismus, Maoismus und Nazismus auch die größten Verbrechen aller Zeiten gegen die Menschlichkeit verursacht.« Stimmt, aber das exkulpiert die Christen nicht.

In der Folge bietet Johannes Röser, der Verfasser, nun die Soziologin Tine Stein vom Wissenschaftszentrum Berlin auf. Natürlich ist es richtig, wenn sie betont, daß die großen Vorwürfe an die Christenheit, die Religionskriege, die Kreuzzüge, nicht so direkt die Christen treffen. »Wenn man die Rechnungen öffentlicher Gewalt aufmachen würde, müsste man vermutlich feststellen, dass 99 Prozent der Kriege von Politikern und nicht von Priestern entfesselt wurden – und dass immer politische, ökonomische oder soziale Machtambitionen die erste Rolle spielten. Religion kam – wenn überhaupt – erst nachgeordnet zur Bestätigung oder Sakralisierung weltlicher Interessen dazu. ... Nicht Religion ist gefährlich, sondern: Politik.« Das stimmt auch und wird tatsächlich von den Religionskritikern gern übersehen.

Aber: Wie steht es mit den unpolitischen Verbrechen? Gerade die ehemaligen Heimkinder haben sie kennen gelernt. Wie ist eine prügelnde Nonne einzuordnen? Ist sie gar von ihrer Religion zu trennen? Ist sie etwa nur Sadistin, die ihre Religion als Motiv vorschiebt? Ich denke, daß diese Nonne, mit gutem Gewissen geprügelt hat, mit gutem vermeintlich gottgefälligem Gewissen. Um nicht einseitig zu sein: evangelische Erzieher haben auch geprügelt. Soweit der Anteil der Religion, soweit sie gefährlich ist.

Die verengte Sichtweise liegt nun darin, ausschließlich diese Aspekte von Religion zu sehen und die anderen auszublenden. Wohlgermerkt: Das Eine entschuldigt das Andere keinesfalls und ich weiß wirklich nicht, ob die Welt ohne Religion eine bessere wäre – ich nehme an, nein. Damit bin ich beim zweiten Aspekt der verengten Sichtweise: Unmenschlichkeit geht auch ohne Religion.

M.a.W.: Die Gefährlichkeit liegt nicht in der Religion selbst, sondern im Menschen, der sie zu seiner Rechtfertigung benutzt. Der Psychologe Zimbardo führte mit seinen Studenten ein Gefängnisexperiment durch. Doch das lesen Sie besser hier nach:
<http://de.wikipedia.org/wiki/Stanford-Prison-Experiment> , ohnehin werden ehemalige Heimkinder hier vieles wiedererkennen.

Kommentar m.dahlenburg

d.schäfer zitiert. ...»Die größten Bewegungen des Atheismus haben im 20. Jahrhundert in Verbindung mit Stalinismus, Maoismus und Nazismus auch die größten Verbrechen aller Zeiten gegen die Menschlichkeit verursacht.« und meint dazu "Stimmt, aber das exkulpiert die Christen nicht"

und beide male ist's fast genauso falsch wie ihre demografiedemagogie von den aussterbenden Bewohnern Deutschlands (die bekanntlich nie soviel waren wie derzeit — das pfarrervertreter ihrer einstudierten religion sind ist logisch, dass sie sich auch als "versicherungsmakler" betätigen ist mir neu ; andererseits... auch mir wurde schon während meiner therapeutenausbildung vor jahrzehnten erklärt, dass Deutschland spätestens im Jahr 2030 so hoffnungslos vergeist sein wird, dass wir allen unseren patienten unbedingt und ganz dringend zum abschluss von rentenversicherungen raten müssten.

Und ansonsten .. , es ist schön dass ehemalige ("kranke") Heimkinder — die allen grund dazu haben — über Kirchen und religion herziehen dürfen ... sie betonen das mE viel zu oft. man könnte fast meinen sie wollen suggerieren es gäbe keine anderen wesentlichen aktuellen gründe diesen vereinen den rücken zu kehren.

eigentlich gäb's diesmal richtig viel zu kommentieren, aber wird vermutlich wird ja eh nur wieder zensiert ...

Kommentar Heidi Dettinger

Es gibt in der Tat viele Gründe, den Kirchen den Rücken zu kehren, es gibt Gründe, sie zu bekämpfen und es gibt Gründe, sie und ihre "Trachtengruppe" der Lächerlichkeit preis zu geben. Und mitnichten nur für Überlebende kirchlicher Kinderheimhöhlen. Da hilft auch kein Verweis auf den Islam oder sonstige Religionen denn unsere Geisel hieß und heißt Christentum, hieß und heißt Kirche.

Der Versuch, Stalinismus, Maoismus und Nationalsozialismus gleichzusetzen, wird immer mal wieder aus der Mottenkiste gezogen und wird darum nicht weniger falsch.

Sie mögen nicht wissen, Herr Schäfer, ob die Welt ohne Religion besser wäre (obgleich Sie Ihre Frage umgehend beantworten) — ich kann Ihnen aber sagen: Mein Leben ist ohne Religion besser. Und das von Millionen anderen wäre es wohl auch, wenn sie nämlich im Leben all das hätten, was ihnen für irgendwann mal versprochen wird. Dann nämlich, wenn es kein Geld mehr kostet und keine Gehorsamsprobleme mehr aufwerfen würde.

Unmenschlichkeit geht auch ohne Religion, meinen Sie. Klar. Aber mit eben noch viel besser!

Dubiose Abzocker unterwegs

Thu, 18 Oct 2012 14:13:17, admin, [post_tag: abzocke, post_tag: berlin, category: fonds-heimkinder, post_tag: fonds-heimkinder]

WARNUNG!

Dubiose Machenschaften

Aus gegebenem Anlass teilt der Vorstand des Vereins ehemaliger Heimkinder e. V. (VEH e.V.) mit, dass er sich vehement von den Machenschaften Einzelner distanziert, die vorgeben, die Interessen ehemaliger Heimkinder zu vertreten um dann Gelder aus dem Fonds Heimkinder auf ihre eigenen Konten zu leiten. Auch wenn - nach Abzug einer Provision von 10% (wofür auch immer) das Geld an den/die Antragsteller/in weiter geleitet werden sollte, raten wir davon ab, sich auf diese dubiose Geschichte einzulassen.

Wir betonen, dass wir umgehend juristische Schritte einleiten, sollte uns bekannt werden, dass sich bei diesen "Geschäften" auf den VEH e.V. berufen wird!

VORSICHT!

Alle Betroffene

Sie haben keinerlei Sicherheit, dass das Geld wirklich bei Ihnen landet und sollten unbedingt die Finger von solchen "Angeboten" lassen!

Bitte melden Sie dem Vorstand des VEH (gilt auch für Nichtmitglieder!), falls man Ihnen solch ein Angebot gemacht, oder Sie auf ein Angebot eingegangen sind!

Der Vorstand VEH e.V.

Endlich fertig - nach 20 Jahren! Mahnmal für Sinti und Roma eingeweiht

Fri, 26 Oct 2012 03:03:00, admin, [category: uncategorized, post_tag: nazideutschland, post_tag: sinti-und-roma, post_tag: veh-e-v-geschichte]

Endlich fertig - nach 20 Jahren; Sinti- und Roma-Mahnmal eingeweiht.

Früher nannte man sie Zigeuner, die Nazis haben sie verfolgt und ermordet.

Nun haben auch Sinti und Roma in Berlin ein Mahnmal bekommen.
Langsam wird es eng in der Berliner Geschichtslandschaft.

Selbstverständlich gehen wir davon aus, dass die Sinti und Roma ein Recht auf ihr Mahnmal haben.

Vor allen Dingen wird es eng in der Deutschen Geschichtslandschaft (West wie Ost) nach 1945.

Wo sind die Mahnmale für die Wundmale der ehemaligen Heimkinder, die man früher (vielleicht in gewissen Kreisen auch heute noch) unwertes Leben nannte bzw. nennt.

Versteckt in ehemaligen Kinderheimen, hinter Klostermauern, oder nicht vorhanden.

Ja nichts öffentlich machen bei Staat, Kirche und Industrie, immer schön den Ball flach halten.

Vielleicht braucht die BRD weitere 20 Jahre um zu erkennen, wie viel Leid sie in ihrer Jugend (nach 1945) Mitmenschen, die sich nicht wehren konnte, zugefügt hat.

Wenn es ein Mahnmal für die ehemaligen Heimkinder geben würde, könnte sich die Kirche bei einer "Einweihung" in grosser Verbundenheit zu den ehemaligen Heimkindern zeigen.

VEH-Vertreterin mit EFPAC in Brüssel

Wed, 31 Oct 2012 01:53:12, admin, [category: uncategorized, post_tag: efpac, post_tag: europaparlament, category: internationales, post_tag: veh-e-v]



MARINA YANNAKOUDAKIS MEP
Patron of the European Federation of People
Abused in Childhood

Invites you to a workshop on

**Adult Survivors of Child Abuse:
Towards a European Network**

Date: Wednesday 7 November
Time: 15:00-16:15
Room: ASP A1H1

Refreshments will be provided

Speakers:

- Lieve Halsberghe, European Federation of People Abused in Childhood
- Peter Saunders, National Association for People Abused in Childhood (UK)
- Maivic Cabou, Fundació Vicki Bernadet (Spain)
- Heidi Dettinger, Verein ehemaliger Heimkinder (Germany)
- Robert Wright (Sweden)
- Directorate-General for Justice, European Commission (invited)



Wir rufen alle deutschen Mitglieder des Europäischen Parlamentes auf, sich an dem Workshop zu beteiligen!

Jimmy Savile, englische Fernseh-Ikone hat offensichtlich Hunderte von Kindern vergewaltigt

Wed, 31 Oct 2012 23:47:16, admin, [category: uncategorized]

Kommentar von Pete Saunders, Sprecher der NAPAC (National Association for People Abused in Childhood, Nationale Organisation für als Kinder missbrauchte Menschen, England) zu dem Missbrauchsskandal beim englischen BBC.
Die NAPAC ist - wie der VEH e.V. - Mitglied bei EFPAC (Europäische Föderation als Kinder Missbrauchter Menschen).

"Es ist eine massive Veränderung passiert gerade hier in Großbritannien. Jeder spricht plötzlich über Kindesmissbrauch und seine Folgen. Es ist wirklich umwerfend.

Ich glaube, die BBC denkt ernsthaft daran, Mittel für die Unterstützung der Überlebenden aufzubieten und ich denke, auch das wird weltweites Interesse wachrufen.

Der Skandal ist schrecklich, aber wir haben die Medien auf unserer Seite. Ich mache Interviews im nationalen Fernsehen und Radio und die Moderatoren sagen tatsächlich Dinge sagen wie "fahren Sie fort mit Ihrer erstaunlichen Arbeit." Sie fangen wirklich an, zu begreifen!

Gestern traf ich den Generaldirektor der BBC. Ich glaube, wir werden demnächst den Premierminister treffen. Es ist wirklich überwältigend und alle sind positiv uns gegenüber.

Jimmy Savile war eindeutig ein böser Mensch, aber seine Verkommenheit lenkt die Aufmerksamkeit des Land es auf den wahren Schrecken des Kindesmissbrauchs und ich denke, wir werden eine bessere Gesellschaft werden. In der Tat bin ich davon überzeugt!

Und wenn man französisches, spanisches, australisches und deutsches Fernsehen und Radio hier hat (und das CNN), alle völlig unterstützend, dann weiß man, dass man etwas richtig macht!"

Zur 3Sat-Dokumentation über den Skandal [bitte hier klicken!](#)

Missbrauchsoffer verklagt Freistaat

Fri, 02 Nov 2012 17:45:14, admin, [category: uncategorized, post_tag: fonds-heimkinder, post_tag: gerichtsverhandlung, category: kinderrechte, post_tag: kinderrechte, post_tag: missbrauch, post_tag: veh-e-v]

München – Prügel, Zwangsarbeit und sexueller Missbrauch – eine heute 72-Jährige aus dem Kreis Starnberg ist als Heimkind schwer misshandelt worden. Wegen ihres Traumas fordert sie jetzt Schadensersatz. Und zwar vom Freistaat Bayern.



Die schlimmen Dinge, die Eva R. (Name geändert) widerfahren sind, liegen Jahrzehnte zurück. Sie sollen zwischen 1946 und 1956 in bayerischen Kinderheimen passiert sein. Doch im Jahr 2008, als die Missbrauchsdebatte entbrannte, kam alles wieder hoch. So sehr, dass Eva R. eine „Retraumatisierung“ erlitten hat.

Deshalb klagt die 72 Jahre alte Frau aus dem Landkreis Starnberg jetzt wegen körperlichen, seelischen und sexuellen Missbrauchs in den

Heimen. Vor dem Landgericht München I fordert sie 54 000 Euro Schadenersatz (plus Zinsen) vom Freistaat Bayern – denn der habe die Heime nicht ordentlich überwacht.

[Weiterlesen](#)

EFPAC in Brüssel - ein europäisches Netzwerk knüpfen

Fri, 09 Nov 2012 18:24:59, admin, [category: uncategorized, post_tag: efpac, post_tag: europaparlament, category: internationales, post_tag: missbrauch, post_tag: veh-e-v]

Workshop „Erwachsene Überlebende von Kindesmissbrauch: Hin zu einem europäischen Netzwerk“ im Europäischen Parlament in Brüssel – ein Bericht

Eingeladen hat Marina Yannakoudakis, MEP, Schirmherrin der EFPAC (Europäische Föderation von in der Kindheit missbrauchten Menschen)

Vorweg sei gesagt: Trotz Einladung der britischen MEP und einer extra Einladung war kein einziger deutscher Parlamentarier anwesend. Beschämend!

Außer den nichtanwesenden deutschen MEPs waren insgesamt ca. 30 Menschen verschiedenster Nationalitäten anwesend.

Warum eine europäische Föderation? Die MitarbeiterInnen der anwesenden Gruppen waren sich einig: Kein Land ist eine Insel.

Wir brauchen eine europäische Föderation, um uns gegenseitig zu stützen, uns zuzuarbeiten, mit einer Stimme zu sprechen. Und um dieser europäischen Stimme mehr Gewicht zu geben. Angedacht wurden verschiedene Möglichkeiten der Arbeit:

- EFPAC europaweit als Referenz gegen Missbrauch (welcher Art auch immer) von Kindern aufzubauen;
- Europaweit ein verschärftes Bewusstsein für den Missbrauch zu schaffen und dafür zu sorgen, dass bessere, vereinheitlichte Gesetze geschaffen und diese durchgesetzt werden;
- Wissenschaftliche Arbeiten zu Gewalt gegen Kinder zu fördern;
- Ein besonderes Augenmerk in diesem Zusammenhang auf Kinder mit Behinderungen zu halten;
- Die Beschaffung von Finanzmitteln, um diese Arbeiten bzw. die bereits geleisteten Arbeiten der einzelnen Gruppen voranzutreiben bzw. zu erleichtern.

Als Gruppenmitglieder stellten sich vor:

Die katalanische Gruppe „**Federación Vicki Bernadet**“, benannt nach ihrem Gründungsmitglied Vicki, über 8 Jahre in Kindheit und Jugend Opfer sexueller Gewalt im familialen Umfeld.

Laia Alamany Ferré schilderte, dass die Gruppe, die seit 1997 existiert, von der katalanischen und der aragonesischen Autonomieregierung gefördert wird und eine Gruppe von hochmotivierten und –spezialisierten Profis ist, die nicht nur Anlaufzentren für Überlebende sexueller Gewalt sind, selber Therapien anbieten bzw. vermitteln sondern auch wissenschaftlich arbeiten. Ihr Ziel ist es, „Werkzeug“ zu schaffen für AllgemeinmedizinerInnen, KinderärztInnen, PsychologInnen, LehrerInnen aber auch Eltern und Großeltern um es den o.g. zu erleichtern, zu erkennen, dass ein Kind sexuelle Gewalt erlebt hat/erlebt.

Ein wichtiges Arbeitsgebiet für die Federación ist es, die sexuelle Gewalt an körperlich und/oder geistig behinderten Menschen aufzudecken, der laut wissenschaftlichen Untersuchungen bei 80% (!) liegt.

Der Verein ehemaliger Heimkinder e.V.

Hier schilderte Heidi Dettinger die desolate Situation in der sich die Insassen deutscher Heime in den 1945er bis hinein in die späten 70er (oder später) befanden.

Sie schilderte besonders die Ausmaße der Zwangsarbeit verbunden mit den psychischen und körperlichen Grausamkeiten bis hin zu teilweise jahrelanger sexueller Gewalt. Des weiteren schilderte sie die heutige Arbeit des VEH e.V., die nicht vorhandene Förderung dieser Arbeit, die Unaufmerksamkeit und praktische Fahrlässigkeit, mit der die Überlebenden im heutigen Deutschland (Ost und West) zu kämpfen haben.

Die englische Gruppe **NAPAC**

(Nationale Gruppe in der Kindheit missbrauchter Menschen) wurde vorgestellt von Peter Saunders, selber Überlebender und (Mit-)begründer

von NAPAC.

Auch hier fiel auf: Die Gruppe wird von englischen Wohlfahrtsverbänden gefördert, so dass es ihnen möglich ist, fest angestellte Kräfte zu beschäftigen, sie außerdem über ein Büro in London verfügen und es ihnen möglich ist, zu Kongressen, Treffen und Workshops wie dem hier beschriebenen in Brüssel zu reisen, ohne ihre Kassen „plündern“ zu müssen.

Die Gruppe arbeitet sehr viel mit Telefonberatung – d.h. sie hat ihre eigene Hotline – und mit sehr guten kleinen Broschüren zu Themen, die Überlebenden von sexueller Gewalt unter den Nägeln brennen. Sie bieten außerdem Therapien und Workshops zum Thema an.

Ein Teil der laufenden Arbeit ist investigativ und Peter Saunders erzählte sehr plastisch von dem unsäglichen Skandal um Jimmy Savile, der England erschüttert und immer weitere Kreise zieht – bis in höchste Regierungs- und Kirchenkreise und hinein ins englische Königshaus.

Außer den o.g. Gruppen waren noch anwesend:

- Christian Banks der Gruppe „MOGiS“ (MissbrauchsOpfer Gegen InternetSperrn). Christian Banks stellte die Online-Befragung „Sexueller Missbrauch an Kindern und Jugendlichen und Beeinträchtigung der Lebensqualität“ kurz vor.
- Ein belgischer Sportmediziner, der über die laufenden Untersuchungen über sexuelle Gewalt im Vereinssport berichtete und den Schul- und Vereinssport praktisch eine „Tummelwiese“ für Vergewaltiger nannte, die dringsten durchleuchtet werden müsse.
- Eine belgische Gruppe, die für Missbrauchs- und Gewaltopfer eine Chatline anbietet, da es besonders für Jugendliche leichter sei, sich via Chat zu öffnen, als zum Telefon zu greifen. Diese Chatline ist noch in der Erprobungsphase und der VEH e.V. wurde gebeten, als Beobachter an dieser Chatline teilzunehmen.

Meine Einschätzung dieser Veranstaltung (die nach dem offiziellen Teil in Einzelgesprächen mit den Anwesenden bestätigt wurde) ist, dass sie ein wichtiger Schritt in Richtung einer europäischen Zusammenarbeit war, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, unsere Arbeit – sowohl auf europäischer, als auch auf nationaler Ebene – als förderungswürdig darzustellen.

Und dass es sehr gut ist, zu wissen, dass andere mit denselben Problemen kämpfen und eventuell von ihren Lösungsansätzen zu lernen.

Beschämend finde ich, dass die Arbeit der anwesenden Gruppen in ihren jeweiligen Ländern honoriert und gewürdigt wurden, dass die Gruppen sowohl strukturelle als auch finanzielle Hilfen für ihre wichtige Arbeit bekommen – nur Deutschland lässt seine ehemaligen Heimkinder, Überlebende deutscher Kinderheimhöhlen, im Regen stehen, bzw. meint, dass mit einem Almosen für einige wenige Ehemalige alles vom Tisch sei!

Mehr denn je bin ich der Meinung, dass wir ihnen zeigen müssen und zeigen werden, dass wir uns damit nicht zufrieden geben werden!

DDR-Zwangsarbeiter mussten für Ikea produzieren

Sun, 18 Nov 2012 05:49:03, admin, [category: uncategorized, post_tag: ddr, post_tag: ikea, post_tag: knast, post_tag: veh-e-v, category: zwangsarbeit, post_tag: zwangsarbeit]

Der Möbelkonzern Ikea hat zugegeben, dass man in den 70er- und 80er-Jahren Vorprodukte von politischen Gefangenen der DDR herstellen ließ. Nun bemühen sich die Schweden um Wiedergutmachung.

[Weiterlesen](#)

Dazu ein kleiner Kommentar:

Das schönste Zitat aus dem Artikel ist wohl dieses hier: „Hubertus Knabe, der Direktor der Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen, kritisierte das Vorgehen des Konzerns: **‘Es geht nicht, dass ein Beschuldigter seine Taten selbst untersucht.’**“

Hahahahahaha hahahaha haha hahahahahahaha hahahaha hahaha

- Deutsche Kinderheime: 85% in Kirchenhänden, der Rest staatlich oder privat
- RTH: Leitung eine Kirchenfrau
- Besetzung des RTH: 18 Vertreter aus Politik und Kirche, 3 Überlebende
- Die sog. „Pionierarbeit“ zur Heimerziehung (Gehorsam – Ordnung – Religion): recherchiert und geschrieben von Mitarbeitern der evangelisch-theologischen und der katholisch-theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum
- auch die Diakonie lässt „aufarbeiten“...

Ach, Hubertus, du Knabe! Dein Job als Direktor mag ja verantwortungsvoll sein. Aber davor, mit gespaltener Zunge zu sprechen (oder gleich gar nicht nachzudenken) hat er dich nicht bewahrt!

Klinische Tests an Kindern in Kantons-Kinderheimen und -Psychiatrien?

Thu, 22 Nov 2012 15:24:56, admin, [category: uncategorized, post_tag: illegale-medikamententest, category: internationales, post_tag: kinderheim, category: kinderrechte, post_tag: osterreich, post_tag: psychiatrie, post_tag: schweiz, post_tag: veh-e-v]

Münsterlingen/Schweiz

Nahmen ehemalige Heimkinder aus Fischingen in der Psychiatrischen Klinik Münsterlingen an klinischen Tests teil? Diese Frage kann nur eine Untersuchung klären. Falls erforderlich, wollen die Parteien aktiv werden.

Der Verein Kloster Fischingen hat die Aufarbeitung der Geschehnisse im ehemaligen Kinderheim in die Wege geleitet. Doch nun klagt das ehemalige Heimkind Walter Nowak auch die Psychiatrische Klinik Münsterlingen an. Er befürchtet, Teil einer Versuchsreihe gewesen zu sein. Es steht deshalb die Frage im Raum, ob an Heimkindern Wirkstoffe für neue Antidepressiva getestet worden sind wie unsere Zeitung gestern berichtete.

Kantonale Heilanstalt

Um eine Antwort auf diese Frage zu finden, müssten die Akten der Psychiatrischen Klinik Münsterlingen unter die Lupe genommen werden. Für die dortigen Vorgänge ist der Kanton Thurgau zuständig. Die Psychiatrie war damals in den 70er-Jahren eine Kantonale Heilanstalt. «Wir haben keine Kenntnisse über Experimente und auch keine Kenntnisse über Dokumentationen», sagt Regierungsrat Bernhard Koch. Sollte eine Aufarbeitung notwendig werden, wäre seines Erachtens «wohl der Kanton zuständig».

[Weiterlesen](#)

Brand in Behindertenwerkstatt im Schwarzwald

Thu, 29 Nov 2012 01:47:00, admin, [category: uncategorized]

Wir sind unendlich betrübt und in Gedanken bei den Familien der Opfer.

Nur wer vergessen wird, ist tot. Ihr werdet leben.

Geschwister-Scholl-Preis für Hucklele

Thu, 29 Nov 2012 16:21:41, admin, [category: uncategorized]

Immer noch scheint es so, als würde den EliteschülerInnen deutlich mehr Aufmerksamkeit gegeben, als uns Heimkindern.

Nicht, dass die SchülerInnen nicht gelitten haben, nicht, dass sie nicht das Recht hätten, über ihre erbärmlichen Geschichten zu reden oder zu schreiben.

Aber kann mir bitte mal jemand erklären, wieso nicht eines der Überlebenden deutscher Kinderheimhöllen, der/die seine/ihre Schrecken aufgeschrieben hat jemals einen Preis dafür bekommen hat? Geschweige denn, einen Preis, der auch noch relativ hoch dotiert ist...

Presseartikel "Merkur-online"

"An der Odenwaldschule herrschte das Faustrecht"

München – Ob er ein Held sei? „Nein, ich bin kein Held. Ich will kein Held sein. Der Held hat eine Scheißrolle. Dem Helden schaut man bei seinen Heldentaten zu und tut – nichts.“

Das sagt Andreas Hucklele, 43, ein ehemaliger Odenwald-Schüler. Heute Abend bekommt er den Geschwister-Scholl-Preis. Denn seine Geschichte hat den Massen-Missbrauch an dem hessischen Elite-Internat bekannt gemacht – 132 Opfer, mindestens. Im Jahr 2010 beherrschte dieser Skandal monatelang die Schlagzeilen. Hucklele selbst hat seine Identität bis vor kurzem geheim gehalten, hat 2011 ein Buch unter dem Pseudonym Jürgen Dehmers veröffentlicht. Es heißt: „Wie laut soll ich denn noch schreien? Die Odenwaldschule und der sexuelle Missbrauch“ (Rowohlt-Verlag; 19,95 Euro). Es ist ein erschütternder Bericht über das kollektive Wegschauen. Nun zeigt Hucklele in der Großen Aula der Ludwig-Maximilians-Universität hunderten Menschen sein Gesicht. Eine mutige Premiere.

-Warum geben Sie Ihr Pseudonym auf?

Aufgeben ist das falsche Wort. Ich gebe das Pseudonym nicht auf, ich integriere es vollständig. Für mich ist das ein wichtiger Teil des Prozesses – bei dem ich allein den Zeitpunkt bestimme. Außerdem: Ich kann schlecht nach München fahren, den Preis entgegennehmen – und so tun, als ob mich niemand sieht.

[Weiterlesen](#)

Für Überlebende von Vergewaltigung in Kindheit und Jugend nichts Neues

Sun, 02 Dec 2012 03:22:54, admin, [category: uncategorized]

Versprechen gebrochen

Vor einem Jahr beschloss der Runde Tisch "Sexueller Kindesmissbrauch" Hilfen für die Opfer

Von Claudia van Laak

Über Entschädigungen für Opfer von sexuellem Missbrauch spricht man in deutschen Ministerien zurzeit nicht gern. Die betroffenen Opfer sind frustriert. Das Treffen des "Runden Tisches" im Dezember wurde vonseiten der Bundesregierung abgesagt.

Monika Stein, Mutter von vier Kindern.

"Wir haben zwar immer gesagt, der Niels hat sich verändert, was ist los, gibt es irgendwelche Probleme, er wäscht sich nicht mehr, aber sind nicht hellhörig geworden."

Niels ist körperbehindert und besucht ein Internat, nur an den Wochenenden kommt er nach Hause. Die Eltern bemerken Veränderungen, die sie sich nicht erklären können. Aggressivität, Verslossenheit. Er dürfe nicht darüber reden, sagt der 12-Jährige. Dann schreib' es auf, erwidert seine Mutter.

"Dann hat er einen Brief geschrieben, den hat er ganz fest zugetackert und hat den aber nicht mir gegeben, sondern einem Freund. Und so kam dann alles ins Rollen."

[Weiterlesen](#)

Informationen zum Thema "Erben" - das neue Erbrecht

Mon, 03 Dec 2012 03:22:42, admin, [category: uncategorized, post_tag: erben, post_tag: erblasser, post_tag: erbrecht, category: gerichtsverhandlungen, post_tag: pflichtteil]

Kinder unverheirateter Eltern haben künftig auch dann einen Erbanspruch, wenn sie vor dem 1. Juli 1949 geboren wurden. Der Bundestag beschloss am späten Donnerstagabend ein entsprechendes Gesetz und schloss damit eine Lücke im Erbrecht. **Die Neuregelung gilt rückwirkend für alle Erbfälle seit dem 29. Mai 2009.** Falls der Nachkomme schon gestorben ist, geht der Anspruch auf die Kinder über, wie das Bundesjustizministerium mitteilte.

Bislang waren vor Juli 1949 geborene, nichteheliche Kinder vom gesetzlichen Erbrecht ausgeschlossen. Das Gesetz ist die Reaktion auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Das Gericht hatte am 28. Mai 2009 geurteilt, dass die bisherige Ungleichbehandlung von ehelichen und nichtehelichen Kindern im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention steht.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger erklärte, endlich „**erben alle nichtehelichen Kinder genauso wie eheliche, sofern die Vaterschaft anerkannt oder gerichtlich festgestellt ist**“. **Selbstverständlich stehe ihnen auch ein Recht auf den Pflichtteil zu, „falls der Vater seine Erben durch Testament oder Erbvertrag bestimmt und das nichteheliche Kind dabei nicht berücksichtigt hat“.** Das neue Gesetz schaffe einen „gerechten Ausgleich zwischen dem Ziel der Gleichstellung nichtehelicher Kinder und dem schutzwürdigen Vertrauen derer, die nach der alten Rechtslage bereits Erben geworden sind“, erklärte die FDP-Politikerin.

Lag der Erbfall vor dem 29. Mai 2009, muss es laut Ministerium wegen des verfassungsrechtlich verankerten Rückwirkungsverbots grundsätzlich bei der früheren Rechtslage bleiben. Eine Ausnahme ist für Fälle geplant, bei denen der Staat selbst zum Erben geworden ist, zum Beispiel, weil es weder Verwandte noch Ehegatten gab oder weil die Erbschaft ausgeschlagen wurde. In solchen Fällen soll der Staat den Wert des ererbten Vermögens an die betroffenen nichtehelichen Kinder auszahlen.

[dapd](#)

<http://www.erbrecht-stiftungsrecht.de/aktuelles/aktuelle-meldungen/123-neues-recht-fuer-nichteheliche-kinder.html>

Neues Recht für nichteheliche Kinder

Der Bundestag hat am 24.2.2011 das „Zweite Gesetz zur erbrechtlichen Gleichstellung nichtehelicher Kinder“ (BT-Drs. 17/3305) in zweiter und dritter Lesung verabschiedet.

Als Reaktion auf das Urteil des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte unterscheidet es danach, ob der Erbfall nach Verkündung des Urteils eingetreten ist – also seit dem 29.5.2009 – (dann Wegfall der Grenze 1.7.1949) oder davor (dann nach wie vor Weitergeltung der Grenze 1.7.1949).

Der Bundesrat hat dem Gesetz am 18.3.2011 zugestimmt. Es ist im Bundesgesetzblatt am 15.4.2011 verkündet worden.

Das Gesetz ist rückwirkend zum 29.5.2009 in Kraft getreten.

Wurden zwischen dem 29.5.2009 und der Verkündung des Reformgesetzes am 15.4.2011 Erbscheine erteilt, die deshalb unrichtig sind, weil das rückwirkend eingeführte Erbrecht nicht berücksichtigt wurde, so sind diese Erbscheine nicht von Amts wegen, sondern nur auf Antrag einzuziehen.

Es erscheint zweifelhaft, ob das Gesetz einer erneuten Überprüfung durch den EGMR Stand halten würde, da der Erbfall in dem vom EGMR entschiedenen Fall vor dem 28.5.2009 eingetreten war. Nach Auffassung des Bundesgerichtshofes verstößt es nicht gegen Art. 6 Abs. 5 i.V.m. Art. 3 Abs. 1 GG, dass Art. 12 § 10 Abs. 2 NEheG a.F. durch das zweite Gesetz zur erbrechtlichen Gleichstellung nichtehelicher Kinder, zur Änderung der Zivilprozessordnung und der AO vom 12.04.2011 (BGBl I 2011, 615) erst mit Wirkung zum 29.05.2009 aufgehoben worden ist. Ein vor dem 01.07.1949 geborenes nichteheliches Kind und seine Abkömmlinge sind in bis zum 28.05.2009 eingetretenen Erbfällen weiterhin vom Erbrecht nach dem Vater und dessen Verwandten ausgeschlossen. Aufgrund der Reform wird ein nichteheliches Kind zum gesetzlichen Erben seines Vaters, auch wenn es vor 1949 geboren wurde. **Falls der Vater seine Erben durch Verfügung von Todes wegen bestimmt und das nichteheliche Kind unberücksichtigt lässt, steht ihm ein Pflichtteilsanspruch zu. Entscheidend hierfür ist nach neuem Recht, dass der Erbfall nach dem 28.5.2009 eintritt.**

Lag der Erbfall früher, bleibt es wegen des verfassungsrechtlich verankerten Rückwirkungsverbotes grundsätzlich bei der alten Rechtslage. Wird der Staat jedoch selbst Erbe mangels weiterer Verwandter oder aufgrund Ausschlagung der Erben soll er den Wert des von ihm ererbten Vermögens an das nichteheliche Kind auszahlen.

Kein Gang zum Sozialamt mehr für Rentner – kein Grund zum Jubeln

Wed, 05 Dec 2012 04:49:45, admin, [category: uncategorized, post_tag: altersarmut, post_tag: armut, category: renten, post_tag: renten]

[Twister \(Bettina Hammer\)](#) 05.12.2012

Die von Ursula von der Leyen angedachte Zuschussrente wird zur "Lebensleistungsrente" und soll den Rentnern ein Auskommen ermöglichen. Doch der Teufel liegt im Detail.

Von der Zuschuss- zur Lebensleistungsrente

Das aktuelle politische Projekt der deutschen Arbeitsministerin, die Zuschussrente, hat zwar seine ersten Hürden genommen - doch der neue Name ist einerseits stark an die Parole "Leistung muss sich wieder lohnen" angelehnt, andererseits zeugt er auch von einem langen Ringen nicht nur um den Namen, sondern auch um das Konzept an sich.

Die Opposition wählte es bereits [vom Tisch](#) nachdem die Ministerin bei der Kanzlerin auf Widerstand stieß. Dies war letztendlich das Resultat des riskanten Spiels, das Ursula von der Leyen spielte, um ihr Projekt noch durchzusetzen.

"Bis Ende Oktober erwarte ich Richtungsentscheidungen." richtete sie das Wort [mehr oder minder direkt an die Kanzlerin](#), obgleich zu dem Zeitpunkt (an dem sie vollmundig verkündete, [auch diesen Kampf durchzustehen](#)) bereits klar war, dass ihr Projekt höchstens noch in stark modifizierter Form kommen würde.

Für Ursula von der Leyen war die Zuschussrente jedoch mehr als nur ein Projekt, es war für sie erneut eine Möglichkeit, sich als durchsetzungsfähige und kämpferische Natur zu profilieren, wie sie es schon bei anderen Projekten tat. Daher wird sie von vielen auch als starke Frau wahrgenommen, die sich gegen Widrigkeiten durchsetzt - was aber den Blick darauf verstellt, dass hinter diesem vermeintlichen Durchsetzungsvermögen nicht nur ein stures, sondern auch ein manipulatives Wesen steckt, das auch vor frisierten Zahlen oder offenen Täuschungen nicht zurückschreckt, wenn es darum geht, ein Projekt um jeden Preis zu verwirklichen.

Es ist insofern auch wenig verwunderlich, dass die Ministerin die Lebensleistungsrente nun in ihrem Sinne zu feiern wusste. "Die Sieger dieses Gipfels, das sind die Geringverdiener." verkündete sie nach dem Koalitionsgipfel - als klar war, dass die Lebensleistungsrente von der Koalition angenommen worden war. Doch wer die Details der Lebensleistungsrente betrachtet, der stellt fest, dass sie erstens dem Arbeitslosengeld II (ALG II) ähnelt, dass sie zweitens keineswegs für alle Geringverdiener eine Verbesserung bringen wird und dass sie drittens dazu gedacht ist, die Finanzindustrie indirekt zu subventionieren.

850 Euro für jeden? Mitnichten

[Weiterlesen](#)

Disziplinieren statt erziehen - Ausstellung in Kassel und Wiesbaden

Wed, 05 Dec 2012 13:49:49, admin, [category: uncategorized, post_tag: ehemalige-heimkinder, category: geschichte-der-heimerziehung, post_tag: heimgeschichte, post_tag: jugendheime, post_tag: kinderheime, post_tag: misshandlungen]

Von JOACHIM F. TORNAU

 Der Kalmenhof in Idstein. Foto: Archiv des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

Der hessische Landeswohlfahrtsverband lässt die Gewalt in seinen Kinderheimen von den 50er bis in die 70er Jahre wissenschaftlich untersuchen. Eine Ausstellung dazu bestätigt die Annahmen eines straffen Alltagsregimes. Und es zeigt sich: Die Gewalt ist noch nicht überwunden.

Heinz-Dieter Schreyer hat sein eigenes Forschungsprojekt betrieben. Mehrere hundert Seiten umfasst die Dokumentation, mit der der 56-Jährige seine Geburt und Kindheit im Heim aufzuarbeiten versucht hat – und das Schicksal seiner Mutter, die, als schwachsinnig abgestempelt, wie er hinter den Mauern des „Heilerziehungsheims Kalmenhof“ in Idstein leben musste.

Ausstellung

Mit einer Wanderausstellung will der hessische Landeswohlfahrtsverband (LWV) an die Heimerziehung der 50er bis 70er Jahre erinnern.

Die Ton-Video-Installation beruht auf den Ergebnissen eines Forschungsprojekts der Universität Kassel und wurde von den Kunstprofessoren Gabriele Franziska Götz und Joel Baumann gestaltet.

Das Schicksal der Heimkinder wird auf vier Projektionsflächen konfrontiert mit Alltagskultur und Ordnungsvorstellungen jener Zeit, mit Bürokratie und Aktenlogik, aber auch mit der Perspektive des Heimpersonals. Dazu sind Ausschnitte aus Interviews mit Zeitzeugen zu hören

Die Schau ist zunächst bis zum 21. Dezember im Ständehaus, Ständeplatz 6-10, in Kassel zu sehen (Mo.-Sa. 10-17 Uhr). Im Mai soll sie im Landtag in Wiesbaden gezeigt werden.

„Der Landeswohlfahrtsverband“, schreibt Schreyer, „hat immer nur zur Kenntnis genommen, meine Mutter und andere verwaltet. (...) Er hat zugesehen und es zugelassen, dass der Kalmenhof mit der Methode von drastischen Strafen die Menschen erzog, die ihm anvertraut waren.“ So formuliert es ein Betroffener; doch auch in der Sprache der Wissenschaft klingt es kaum anders. „Die Kinder und Jugendlichen haben im Heim nicht Schutz und Liebe vorgefunden, sondern Disziplinierung und Verwaltung“, sagte die Kasseler Rechtsprofessorin Theresia Höynck, als sie am Dienstag erste Ergebnisse eines Forschungsprojekts zur Heimerziehung in den 50er bis 70er Jahren in Hessen vorstellte.

[Weiterlesen](#)

[Detaillierte Informationen zur Ausstellung Heimerziehung in Hessen](#)

Hartz-IV-Bescheide für 2013 "ausnahmslos rechtswidrig"?

Wed, 12 Dec 2012 00:38:07, admin, [post_tag: abzocke, category: uncategorized, post_tag: finanzten, category: hartz-iv, post_tag: hartz-iv, post_tag: veh-e-v]

[Peter Mühlbauer](#) 11.12.2012

Der Sozialrechtsexperte Ludwig Zimmermann empfiehlt ALG-II-Empfängern das durchgängige Einlegen von Widersprüchen

Der Potsdamer Rechtsanwalt Ludwig Zimmermann ist Autor eines Kommentars zum Wohngeldgesetz, mehrerer Fachaufsätze und zweier Bücher zum Arbeitslosengeld II. Nun postuliert er in seinem Blog eine Meinung des Iserlohner Vereins Aufrecht, der zufolge alle derzeit verschickten ALG-II-Bescheide für 2013 "ausnahmslos rechtswidrig" sind.



Zu diesem Schluss kommen der Verein und der der Jurist, weil in den behördlichen Schreiben unter anderem folgende Passage enthalten ist. Zum 01.01.2013 werden Ihre Regelbedarfe zur Sicherung des Lebensunterhalts (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld) neu festgesetzt. Die Festsetzung berücksichtigt die Entwicklung der Preise sowie die Nettolohnentwicklung (§ 20 Abs. 5 Zweites Buch Sozialgesetzbuch - SGB II).

Diese Formulierung suggeriert nach Ansicht des Juristen fälschlich, "dass die Neuberechnung der Regelsätze bereits rechtsverbindlich sei", was "nicht der Wahrheit" entspreche. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Annahme eines Vorlagebeschlusses zur Überprüfung der Regelsätze durch das Bundesverfassungsgericht - seiner Ansicht nach ein "unabweisbarer Beleg", dass man in Karlsruhe "ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der neuen Regelsätze" haben muss. Der Vorlagebeschluss des Sozialgerichts Berlin vom 25. April 2012 (S 55 AS 9238/12) und ein Teil der juristischen Fachliteratur liefern ihm Anhaltspunkte dafür, dass der Klage eine "hinreichende Aussicht auf Erfolg nicht abgesprochen werden" kann.

[Weiterlesen](#)

Zwangsarbeit in der DDR: "Dann habe ich heimlich losgeheult"

Wed, 12 Dec 2012 00:45:58, admin, [category: uncategorized, post_tag: ehemalige-heimkinder, post_tag: geschichte, post_tag: kinderrechte, post_tag: oeg, post_tag: veh-e-v, category: zwangsarbeit, post_tag: zwangsarbeit]

Weit mehr Westfirmen als Ikea verdienen an dem System der Zwangsarbeit in der DDR. *einestages* sprach mit Zeitzeugen über zerschundene Rücken für Luxusfernseher, passiven Widerstand beim Kamerabau - und erklärt, wer die größten Profiteure der Ausbeutung waren.



[Weiterlesen](#)

Überflüssig die Frage, warum hier von "Zwangsarbeit" gesprochen wird, während die Arbeit der Heimkinder einen "Zwang zur Arbeit" darstellte...

Wir fordern eine Entschädigung für ALLE, die ausgebeutet, eingesperrt, geschädigt wurden! Für ALLE!

Das heißt eben auch, für ehemalige Heimkinder!

Deutschland, deine Kinder

Wed, 12 Dec 2012 02:39:02, admin, [category: uncategorized, post_tag: ehemalige-heimkinder, category: fonds-heimkinder, post_tag: fonds-heimkinder, post_tag: gerichtsbareit, post_tag: heimgeschichte, post_tag: heimkinder, category: gerichtsverhandlungen, post_tag: missbrauch, post_tag: misshandlungen, post_tag: oeg, category: oeg, post_tag: veh-e-v, post_tag: zwangsarbeit]



BERLIN. (hpd) **Gespräch mit dem Juristen Dr. Christian Sailer. Er setzt sich als Rechtsanwalt für Opfer der Heimerziehung ein. Damit begegnet er einer anderen Seite, als sie in offiziellen Broschüren kommuniziert wird. Es sind eher die "Missstände in der Heimerziehung" beschrieben, ebenso wie das in der Kinder- und Jugendzeit zugefügte Leid und Unrecht, das noch heute Spuren der Beeinträchtigungen zeigt, um die man sich sorgt.**

Das Gespräch mit Christian Sailer fand im Vorfeld der Einladung der "[Bundesinitiative](#) Betroffener von sexualisierter Gewalt und Missbrauch e V., einem Bündnis aus Vereinen und Initiativen von Missbrauchs-Betroffener sowie weiteren individuell von sexuellem Missbrauch betroffener Einzelpersonen statt.

"Eines Tages rief eine Frau bei mir an, die in großer seelischer Not war, sie erzählte eine fast unglaubliche Geschichte, " so schildert er seine erste Begegnung.

Christian Sailer übernahm ihre juristische Vertretung zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen. Dieser Zivilprozess scheiterte letztlich an der Einrede der Verjährung von Seiten des kirchlichen Heimträgers. Der Antrag vor der Sozialverwaltung hingegen war sehr erfolgreich. Er führte zu einer lebenslangen Entschädigungsrente. Die Möglichkeit, sich auf eine Verjährung zu berufen, gibt es in diesem Verfahren nicht.

[Weiterlesen](#)

Beschwerde über die Anlauf- und Beratungsstelle in Baden-Württemberg

Wed, 12 Dec 2012 03:33:51, admin, [category: uncategorized, post_tag: berlin, post_tag: ehemalige-heimkinder, category: fonds-heimkinder, post_tag: fonds-heimkinder, post_tag: rentenersatzleistungen, post_tag: veh-e-v]



Uns erreichte ein Schreiben eines Mitglieds:

Beschwerde über die Anlauf- und Beratungsstelle "Heimerziehung in der Bundesrepublik

Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975" Baden-Württemberg und gegen den Bericht des Staatssekretärs Herrn Lutz Stroppe vom 24. Oktober 2012, worin dieser fälschlicherweise eine „erste positive Bilanz“ zieht und sich dabei selbst widerspricht.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Laurischk,
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,

die Aussagen im Vortrag des Herrn Stroppe vom 24. Oktober 2012 entsprechen nach meiner bisherigen Erfahrung einfach nicht der Realität. Vielmehr handelt es sich bei der Abwicklung der gemutmaßten Aufgaben der Fondsstellen um Vorgänge, die intransparent und undemokratisch sind und von der reinen Willkür der dort handelnden Personen beherrscht werden.

Hinzu kommt, dass Herr Stroppe sich in seinem Bericht selbst widerspricht, was den Vortrag des Staatssekretärs nicht glaubwürdiger macht.

Dem unter www.bundestag.de/presse/hib/2012_10/2012_469/01.html abrufbaren Dokument, ist einerseits zu entnehmen, dass - neben dem überwiegend unangebrachtem Eigenlob und den angeblich beseitigten „Anlaufschwierigkeiten“ -, die „hohe Erwartungshaltung“, die viele Opfer gegenüber dem Fonds hätten, nicht immer erfüllt hätten werden können. Andererseits behauptet der Berichterstatter, dass „für viele Opfer die Anerkennung ihres Leids wichtiger sei, als die Hilfeleistung über den Fonds“.

Dieser Darstellung widerspreche ich auf das Schärfste, denn diese entspricht weder meiner subjektiven Wahrnehmung, noch ist diese in sich stimmig, wie ja bereits die vorangegangene Aussage, dass die angeblich „hohe Erwartungshaltung“ nicht immer erfüllt werden könnten, zeigt.

Gerne will ich Ihnen kurz skizzieren, in welcher Weise sich die ABH-BW in negativer Weise dabei heraushebt.

[Lesen Sie den ganzen Beschwerdebrief hier](#)

Katholische Kirche kündigt Forschungsauftrag

Wed, 09 Jan 2013 22:13:15, admin, [category: uncategorized, post_tag: bischofe, post_tag: gerichtsbareit, category: gerichtsverhandlungen, post_tag: kirche, category: leben-und-sterben-der-bischofe, post_tag: missbrauch]

Eigentlich war nichts anderes zu erwarten: Die katholische Kirche kündigt dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) den Forschungsauftrag mit sofortiger Wirkung.

Zur Erinnerung: Das KFN hatte den Auftrag bekommen, die Fälle von Vergewaltigung innerhalb der katholischen Kirche und deren Einrichtungen zu erforschen. Nun stößt dieses Vorhaben an seine Grenzen - die Grenzen der kirchlichen Zensur nämlich.

http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/niedersachsen_1800/ndsmag11193.html

"Die katholische Kirche geht auf juristischem Weg gegen die Zensur-Vorwürfe von Christian Pfeiffer vor. Dem hannoverschen Kriminologen sei eine Unterlassungserklärung zugestellt worden, teilte der Sprecher der Deutschen Bischofskonferenz, Matthias Kopp, mit. Sollte Pfeiffer dieser Erklärung bis Donnerstagmittag nicht zustimmen, wollten die Bischöfe eine Einstweilige Verfügung vor Gericht erwirken. Zuvor hatte die Bischofskonferenz eine wissenschaftliche Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) zum Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche gestoppt." (NDR)

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) möchte nun laut einer Presseerklärung "den Versuch unternehmen, zumindest die geplante Opferbefragung zu retten. Es appelliert an alle kirchlichen Missbrauchsoffer, freiwillig an einer anonymen Fragebogenerhebung des Instituts mitzuwirken. Die Bitte ist, dass sie sich per Mail (kfn@kfn.de) oder brieflich (Lützerodestr. 9, 30161 Hannover) an das KFN wenden, damit wir ihnen den Fragebogen per Post zusenden können."

Siehe dazu auch: http://www.kfn.de/home/Sexueller_Missbrauch_2013.htm

Da windet sich aber einer!

Thu, 10 Jan 2013 02:22:15, admin, [category: uncategorized, post_tag: bischofe, post_tag: ehemalige-heimkinder, post_tag: heimgeschichte, category: gerichtsverhandlungen, post_tag: kinderrechte, post_tag: kirche, category: leben-und-sterben-der-bischofe, post_tag: missbrauch, post_tag: priester, post_tag: religion, category: sexuelle-gewalt, post_tag: veh-e-v]

Eine "Enttäuschung für Betroffene sexualisierter Gewalt"

Das Gespräch führte Dirk-Oliver Heckmann



Er bedauere es, dass die Studie zum sexuellen Missbrauch in der katholischen Kirche nicht fortgeführt werde, sagt der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig. Es bedeute einen Vertrauensverlust bei Betroffenen - das Geschehen müsse aufgearbeitet werden.

[Weiterlesen](#)

Aufklärung vs. Zensur

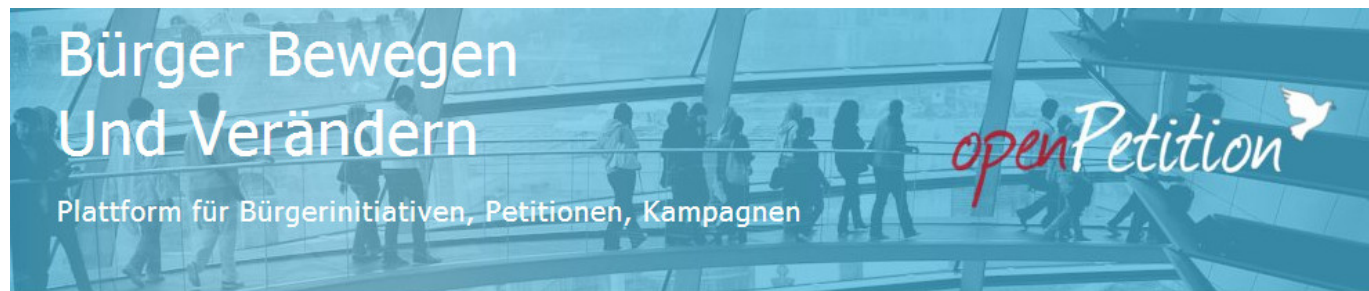
Sat, 12 Jan 2013 11:44:32, admin, [category: uncategorized, post_tag: bischofe, post_tag: christian-pfeiffer, category: gerichtsverhandlungen, post_tag: kfn, post_tag: kirche, category: leben-und-sterben-der-bischofe, post_tag: missbrauch, category: sexuelle-gewalt, post_tag: sexuelle-gewalt-2]

Heute abend, 12.01.2013, 18.00 Uhr befasst sich das ZDF in seiner Sendung "Mona Lisa" mit den Zensurbestrebungen der deutschen Bischöfe sexuelle Gewalt an Kindern betreffend.



Erhebung des Rundfunkbeitrages in Zusammenhang mit den Merkzeichen „Rf“, „H“ und „aG“

Sun, 13 Jan 2013 04:29:24, admin, [category: uncategorized, post_tag: gebuhrenbefreiung, post_tag: gez, post_tag: menschen-mit-behinderung, post_tag: rundfunk, post_tag: rundfunkgebuhren, post_tag: schwerbehinderte]



Von: Viebahn, Karoline aus Essen

An: Landrat Lothar Wölfe in Bundestag

Die Erhebung des Rundfunkbeitrages benachteiligt Menschen, denen die Merkzeichen „Rf“, „H“ und „aG“ zuerkannt wurde. Ein Blick auf die Bedingungen, unter denen schwerbehinderten Menschen diese Merkzeichen überhaupt erst erhalten, sollte zweifelsfrei offen legen, dass diese Menschen nicht automatisch mit dem Beginn des Jahres 2013 in die Lage versetzt werden, ungehindert am öffentlichen Leben teilzunehmen.

Begründung: Natürlich ist mir bewusst, dass es immer jemanden geben wird, der sich mit der Einführung einer neuen Regelung im Nachteil sieht. Ebenso habe ich Verständnis für die Befreiung, wenn Menschen ein Einkommen an, bzw. unter der Armutsgrenze beziehen.

An die pflegebedürftigen Menschen hat man zwar gedacht, hier jedoch nur die Gruppen berücksichtigt, die Pflegegeld oder andere staatliche Hilfen beziehen. Deutlich benachteiligt sind jedoch die Menschen, denen die oben genannten Merkzeichen zuerkannt wurden und die keine finanziellen staatlichen Hilfen beziehen. Die meisten dieser Menschen sind auf eine Begleitung angewiesen und können sich daher außerhalb ihrer Wohnung nur extrem eingeschränkt aufhalten. Ein Blick auf die Bedingungen, unter denen o. g. Merkzeichen überhaupt bewilligt werden untermauert meine Ansicht.

[Weiterlesen und Petition unterschreiben!](#)

Katholische Klinik weist Vergewaltigungsoffer ab

Thu, 17 Jan 2013 19:00:56, admin, [category: uncategorized, post_tag: bischofe, post_tag: gerichtbarkeit, category: gerichtsverhandlungen, category: leben-und-sterben-der-bischofe, post_tag: missbrauch, post_tag: misshandlungen, post_tag: religion, category: sexuelle-gewalt, post_tag: sexuelle-gewalt-2, post_tag: veh-e-v, post_tag: vergewaltigung]

Köln - Eine junge Frau ist in Köln nach einer mutmaßlichen Vergewaltigung an zwei katholischen Krankenhäusern abgewiesen worden. Die 25-Jährige sollte dort gynäkologisch untersucht werden, um Spermien für den Fall zu sichern, dass sie gegen einen Täter gerichtlich vorgehen würde.



Die beiden Kliniken lehnten dies aber ab, wie ihr Träger, die Stiftung der Cellitinnen, am Donnerstag bestätigte.

Die Kliniken begründeten die Ablehnung damit, dass eine solche Untersuchung immer auch mit einem Gespräch verbunden sei, in dem auf die "Pille danach" hingewiesen werde. Das aber sei katholischen Häusern untersagt. Sowohl die Krankenhaus-Leitung als auch das Erzbistum Köln bezeichneten die Ablehnung am Donnerstag als "Missverständnis" und entschuldigten sich dafür.

[Weiterlesen](#)

Fast jeder sechste Katholik in Deutschland...

Fri, 18 Jan 2013 07:40:08, admin, [category: uncategorized, post_tag: bischofe, post_tag: katholische-kirche, post_tag: kirchenaustritte, category: leben-und-sterben-der-bischofe, post_tag: missbrauch, category: sexuelle-gewalt, post_tag: veh-e-v]

... erwägt nach dem Scheitern einer Studie zur Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs den Austritt aus der Kirche. In der Altersgruppe der 45- bis 50-Jährigen ist es mit 26% sogar mehr als jeder vierte Katholik, ergab eine Forsa-Umfrage.

Demnach verschlechterte sich das Image der Kirche nach der Kündigung der Zusammenarbeit mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) für 35% der Befragten weiter.

75% der Bundesbürger glauben, die Kirche wolle eine Aufklärung verhindern.

(Teletext ARD, 17.01.2013)

Na also, geht doch!



Arbeiten für Gottes Lohn

Sun, 27 Jan 2013 14:53:34, admin, [post_tag: abzocke, category: uncategorized, post_tag: bischofe, post_tag: kirche, category: kirchen-und-kirchenrechte, post_tag: kirchenaustritt, post_tag: kirchenrecht, category: leben-und-sterben-der-bischofe, category: tv-und-radio]

Mo, 28.01.13 | 22:45 Uhr| ARD

Die Story im Ersten: Arbeiten für Gottes Lohn
Wie die Kirche ihre Sonderrechte ausnutzt



Über Gerechtigkeit und Nächstenliebe reden die Kirchen gern und viel. Doch viele ihrer Mitarbeiter vermissen genau diese Tugenden, wenn es um die Bedingungen an ihren Arbeitsplätzen geht. Immer wieder kämpfen sie gegen Lohndumping und Leiharbeit in ihren kirchlichen Einrichtungen. Rund 1,3 Millionen Menschen sind bei den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden Caritas und Diakonie beschäftigt. Damit sind die Kirchen nach dem Öffentlichen Dienst der zweitgrößte Arbeitgeber in Deutschland.

Mitarbeiter der Kirchen verleihen "schwarzes Schaf" an kirchliche Einrichtung in Bremen.
 Die Dokumentation "Arbeiten für Gottes Lohn" schildert, wie sich viele Beschäftigte gegen ihren Arbeitgeber Kirche wehren, wie sie sich organisieren und für gerechtere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen engagieren. Ein Streikrecht haben sie nicht, denn die Kirchen genießen in diesen arbeitsrechtlichen Konflikten ein "Selbstbestimmungsrecht", das das Grundgesetz jeder Religionsgesellschaft garantiert.

Mitarbeiter der Kirchen und verdi protestieren für bessere Arbeitsbedingungen.

Die Autorin Gita Datta hat quer durch die Republik mit den Menschen gesprochen, die im "Namen des Herrn" jeden Tag erleben, wie dieses "Selbstbestimmungsrecht" ausgenutzt wird. Und wie wenig das mit den ansonsten immer wieder gepredigten Tugenden der Gerechtigkeit und Nächstenliebe zu tun hat.

Begleitende Veranstaltungen zur Frühjahrskonferenz der Deutschen Bischöfe

Tue, 29 Jan 2013 18:17:00, admin, [category: uncategorized]

vom 18. bis 21.2. 2013 in Trier

18.02. 2013, 20.00 Uhr: Struktureller Verrat? Sexueller Missbrauch in der katholischen Kirche

Podiumsdiskussion mit: Christian Herwartz, SJ, Berlin

Prof. Norbert Lüdecke, Kirchenrechtler, Bonn

Prof. Rainer Banse, Psychologe, Uni Bonn

Ein Vertreter der Dt. Bischofskonferenz (angefragt)

Moderation: Christian Otterbach vom Saarländischen Rundfunk

19.02.2013, 19.00 Uhr: Macht, sexuelle Gewalt und die katholische Kirche.

Autoren lesen

Rainer Stadler. Bruder, was hast du getan? Kloster Ettal. Die Täter, die Opfer, das System.

Matthias Krause, Blogger (skydaddy)

Thomas Schnitzler, MissBit

Moderation: Britta Baas, Publik Forum

Ort: VHS, Palais Walderdorf, Domfreihof

20.01.2013, 19.00 Uhr: Kreuzweg „Tatbestände“

mit betroffenen Zeugen und Zeuginnen des sexuellen Missbrauchs in der Kirche

Treffpunkt: Vorplatz St. Agritius, Ziel Kapelle Petrisberg

Veranstaltet von:

Saarbrücker Initiative gegen sex. Missbrauch, schafsbrief.de, KSJ Trier, Initiative Ehemaliger Johanneum Homburg, MissBit, Berufsverband Pfarrsekretärinnen Trier, Initiative Kirche von unten, Wir sind Kirche, Leserinitiative Publik Forum,

<http://www.ksj-trier.de/download/Begleitveranstaltungen%20Bischofskonferenz.pdf>



Österreich: Kirche verlor in Streit um Opfer-Datenauskunft

Sun, 03 Feb 2013 20:01:54, admin, [category: uncategorized, post_tag: bischofe, post_tag: gerichtbarkeit, post_tag: geschichte, category: internationales, post_tag: kirche, category: kirchen-und-kirchenrechte, post_tag: kirchenrecht, category: leben-und-sterben-der-bischofe, post_tag: osterreich, post_tag: priester, category: sexuelle-gewalt, post_tag: veh-e-v]

Nun ist es amtlich:

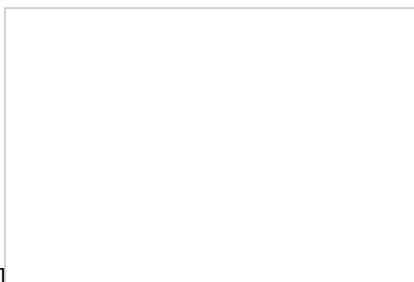
jene Kommission, stets auf die eigene Unabhängigkeit gepocht hat und kirchliche Missbrauchsverbrechen aufklären sollte, ist in Wahrheit ein Teil der Erzdiözese Wien und somit in keiner Weise ‚unabhängig‘. In einem aktuellen Bescheid der Datenschutzkommission der Republik Österreich, der nach der Anfrage eines Missbrauchsoffers erfolgte, heißt es:

1. Die sogenannte "Unabhängige Opferschutzkommission" ist organisatorischer Teil der Erzdiözese Wien und muss deswegen selbst keine Datenschutzgesetze einhalten

2. Die österreichische Bischofskonferenz unterliegt ebenso wie alle anderen Organisationen dem Datenschutzrecht und muss per Bescheid, entgegen ihrer bisherigen Weigerung, allen Betroffenen Auskunft über Art und Inhalt der gespeicherten Daten erteilen.

ARGE Daten: Grundrechte von Opfern massiv verletzt

Die Klasnic-Kommission hatte bisher die Aushändigung von Daten an Missbrauchsoffer u.a. mit dem Argument der kirchenrechtlichen "geistlichen Verschwiegenheitspflicht" verweigert.



[caption id="" align="aligncenter" width="300"]

Die Pfoten immer schön gefaltet lassen!/[caption]

"Der Bescheid der Datenschutzkommission offenbart schwere Mängel in der Umsetzung des Datenschutzgesetzes durch die katholische

Kirche“, kritisiert Hans Zeger, Obmann der ARGE Daten. „Mit der Konstruktion einer 'innerkirchlichen Datenschutzkommission' wurde versucht, Grundrechte von Betroffenen unzulässig zu beschränken. Im Ergebnis werden kirchliche Missbrauchsoffer zum zweiten Mal Opfer der Kirche. Auch im Bereich Grundrechte und Achtung der Privatsphäre besteht für die Kirche höchster Erneuerungsbedarf.“

[Weiterlesen](#)

Oder auch hier:

Mann hatte sich an Opferschutzanwaltschaft gewandt und wurde von kirchlicher Datenschutz-Einrichtung kontaktiert

Wien - Ein Missbrauchsoffer hat nun von der Datenschutzkommission der Republik in einem Verfahren gegen die römisch-katholische Kirche recht bekommen. Der Mann, der von der Opferschutzanwaltschaft entschädigt worden war, hatte Auskunft über seine gespeicherten Daten verlangt und wurde daraufhin von der kirchlichen Datenschutzkommission kontaktiert. Diese verweigerte allerdings die Auskunft und verwies wiederum zurück an Opferschutzanwaltschaft.

Der Beschwerdeführer hatte ein "Datenleck" vermutet, da er sich an die Opferschutzanwaltschaft sowie an die kirchliche Stiftung Opferschutz (die für die Entschädigungen aufkommt) gewandt hatte, die Antwort jedoch von der kirchlichen Datenschutzkommission kam. Dort hatte man festgehalten, dass man lediglich die Existenz von "Datenarten" beauskunftete und über keine Inhalte verfügte.

[Weiterlesen](#)

Schmerzensgeld für Missbrauchsoffer auch nach Verjährung möglich

Mon, 04 Feb 2013 18:51:03, admin, [category: uncategorized, post_tag: gerichtsbareit, category: gerichtsverhandlungen, category: kinderrechte, post_tag: kinderrechte, post_tag: missbrauch, post_tag: misshandlungen, post_tag: oeg, category: sexuelle-gewalt, post_tag: veh-e-v]

Karlsruhe - Traumatisierte Opfer sexueller Gewalt können auch nach Ablauf der Verjährungsfrist Ansprüche auf Schmerzensgeld geltend machen. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe bestätigte eine Entscheidung des Osnabrücker Landgerichts. Dieses hatte 2011 einen Mann zur Zahlung von 7500 Euro Schmerzensgeld verurteilt. Er missbrauchte mehrfach einen mittlerweile 36-Jährigen. Das Opfer hatte die Taten 15 Jahre lang verdrängt und erst nach Ablauf der Verjährungsfrist zivilrechtlich auf Schmerzensgeld geklagt.

(dpa - Deutsche Presse-Agentur GmbH)



Aufruf zur friedlichen Teilnahme an der DEMO NORD

Tue, 05 Feb 2013 13:05:16, admin, [category: uncategorized, post_tag: fonds-heimkinder, post_tag: jugendamt, category: kinderrechte, post_tag: kinderrechte]

Ort: Treffpunkt und Sammelplatz Schützenplatz am GILDETOR in Hannover

Tag: Freitag, 10. Mai 2013

Uhrzeit: 10.00 Uhr

Dauer: 10 - 19.00 Uhr

- **Wir bitten nicht, wir fordern unabdingbar, sofort:**

- von der Bundesregierung;
- von den Landesregierungen;
- von den Kommunen;
- von den Bürgermeistern,
- dass das Recht, die Pflicht, das Gesetz in den Jugendämtern gemäß GG Artikel 20 Absatz 3 Bestand hat.
- Dem derzeit rechtsfreien Raum in den Jugendämtern der BRD; keinen Raum zu geben.

- **Wir fordern von der Bundesregierung:**

- von den Kommunen von den Bürgermeistern, die Einhaltung der, Gesetze, des Rechtes für die Kinder, Mütter, Väter, Großeltern, das Recht auf Familie, in den Jugendämtern (Jugendhilfe) und Justiz in Familiensachen ein!
- Überprüfung aller Inobhutnahmen der Jugendämter auf Ihre Rechtmäßigkeit!
- Überprüfung aller Gutachten in Familiensachen!
- Fachaufsicht über die Jugendämter
- Ein funktionierendes Beschwerde-Management in Familiensachen!
- Kein Ausschluss der Großeltern bei HPG Gespräche.
- Unangemeldete Kontrollen in den Heimen und Pflegestellen!
- Absoluter Ausschluss der Beeinflussung von Familien-Gericht durch Jugendämter.
- Auflösung rechtswidriger, langjähriger Amtsvormund- und Pflegschaften in den Jugendämtern de BRD.

- **Wir fordern:**

- Die Ausbildung der JA-Mitarbeiter (Jugendhilfe)
- Die Ausbildung/Fortbildung der Familienrichterschaft!!
- Wir fordern, die Einhaltung der Menschenrechte für alle Bürger, inbegriffen aller Heim- und Pflegekinder
- Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention
- Kinderrechte ins Grundgesetz

- **Veranstalter:** Gerhard Jüttner Hannover.

- Mail: miramu@hotmail.de
- UNTERSTÜTZUNG WILLKOMMEN !!!

Gegen Jugendamt

**Der Kampf hat begonnen
und wir kämpfen so lange
bis wir unsere kinder
wieder haben !!!**



**MITMACHEN
Bitte**

We call you to join the DEMO NORD on Friday, the 10th of May 2013 in Hannover. Meetingpoint "Sammelplatz SCHÜTZENPLATZ Gildetor Hannover" at 10 a.m. - Demonstration lasting until 7 p.m.

We not only beg but we ask for the right of children, mothers, fathers, grand-parents - for their unalienable right to live with their families. We ask for the following out the Human rights for all citizens including children in Care-families and care-houses.

Organization: Gerhard Jüttner, Hannover

Mail: miramu@hotmail.de

WE ASK YOU ALL TO SUPPORT US !!!

DEMO NORD Hannover Germany

دعوة للمشاركة في التظاهرات السلمية في مدينة هانوفر

الساعة 10.00 Schützenplatz يوم الجمعة 10 مايو 2013 ، مكان التجمع

تتواصل التظاهرات حتى الساعة 19:00

إسنا هنا لنتسول مثل الشحاذ الذي يطلب ضوء القمر. نحن نطالب بحق الطفل والأم والأب والأجداد في الحفاظ على صلاتهم العائلية

كما نطالب باحترام حقوق الإنسان لكافة المواطنين، بما في ذلك حقوق الأطفال الذين يعيشون في دور الرعاية الاجتماعية أو في حضنة الأسر البديلة

التنظيم: جير هارد يوتنر

Gerhard Jüttner Hannover

Nous vous appelons à rejoindre la DEMO NORD vendredi, le 10 mai 2013 à Hanovre. Rendez-vous et rassemblement: SCHÜTZENPLATZ Gildetor Hanovre à 10 h. Démonstration qui durera jusqu'à 19 h.

Nous ne sommes pas des mendiants qui veulent la charité. Nous exigeons le droit des enfants, des mères, des pères et des grands-parents. Nous exigeons l'observance des droits de l'homme pour tous les citoyens, y compris les droits des enfants placés dans une famille d'accueil ou chez les parents nourriciers.

Organisation: Gerhard Jüttner, Hanovre
Mail: miramu@hotmail.de

Llamamos a todos a unirse a la DEMO NORD el viernes, 10 de mayo de 2013 en Hannover. Punto de encuentro será el "Schützenplatz Gildetor Hannover" a las 10 am. La demostración durará hasta las 7 pm
Ya no rogamos mas sino que pedimos el derecho de los niños, madres, padres, abuelos - el derecho inalienable de los niños a vivir con sus familias. Solicitamos los derechos humanos para todos los niños incluyendo aquellos que viven en familias ajenas cuidandoles o en hogares de niños.

Organización: Gerhard Jüttner, Hannover
Mail: miramu@hotmail.de
PEDIMOS EL APOYO DE TODOS!
DEMO NORD Hannover Germany

Legalisierte Staatsgewalt

Fri, 08 Feb 2013 21:34:07, admin, [category: uncategorized, post_tag: bundestag, post_tag: gesetzgebung, category: gewalt, post_tag: gewaltanwendung, category: gerichtsverhandlungen, post_tag: legalisierte-gewalt, post_tag: politik, post_tag: psychiatrie, post_tag: renaissance]

"Dürfen psychisch Kranke in einer akuten Krise gegen ihren Willen behandelt werden? Nein, sagen Betroffene. Unter bestimmten Umständen ja, sagen Ärzte. Nun wird der Ruf nach einer gesetzlichen Regelung in Deutschland laut.

Vor allem Ärzte fordern für die Behandlung von Menschen mit akuten psychischen Erkrankungen dringend neue gesetzliche Regelungen.

Nachdem UN-Behindertenkonvention und Gerichtsurteile die Selbstbestimmungsrechte der Betroffenen gestärkt hätten, gebe es eine erhebliche Rechtsunsicherheit bei der Klinik-Unterbringung und Zwangsbehandlung akut Erkrankter. „Bei ärztlichen Entscheidungen sind wir im Dilemma zwischen einer als Körperverletzung gewerteten Zwangsbehandlung und unterlassener Hilfeleistung“, beklagte Prof. Peter Falkai, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN), am Donnerstag in Berlin." (Focus online)

[Weiterlesen](#)



"Das ist legalisierte Staatsgewalt", schreibt ein höchst empörtes und entsetztes Mitglied. "Es kann jederzeit auch Menschen mit Post-traumatischem Belastungs-Syndrom treffen, so wie es jeden treffen kann, der oder die aus welchem Grunde auch immer in der Psychiatrie steckt.

Das hat die Künast (B90/Grüne) veranlasst und es ist ein Rückschritt in die alte Psychiatrie, da nicht unterschieden wird, ob jemand fachliche Hilfe benötigt oder in der Psychiatrie einfach nur vor sich selbst beschützt werden muss."

"Unter dieses Gesetz werden auch Menschen wie ehemalige Heimkinder fallen", fährt unser Mitglied fort, "denn diese haben von klein auf systematische Gewalt erfahren.

Das, was da vom Bundestag als Gesetz verabschiedet werden soll ist in Wahrheit nur eines: Legalisierte Gewalt!"

Finden Sie diesen Artikel auch auf unserer Facebookseite und beteiligen sich an einer Diskussion - auch darüber, welche Schritte sinnvoll sind, gegen dieses "Gesetz" zu protestieren und zu opponieren.

RA Sailer kommentiert den Rücktritt Ratzingers:

Tue, 12 Feb 2013 21:24:27, admin, [category: uncategorized, post_tag: bischofe, post_tag: geschichte, category: leben-und-sterben-der-bischofe, post_tag: priester, post_tag: religion]

Josef Ratzinger wird mit zwei furchtbaren Untaten und einer Großtat in die Geschichte eingehen.

Die erste Untat

beginnt er bereits als Kardinal, als er noch Vorsitzender der Glaubenskongregation seiner Kirche war: Er etablierte ein weltweites System zur Vertuschung der hunderttausendfachen Sexualverbrechen katholischer Priester und begünstigte dadurch die strafflose Fortsetzung des Seelenmords an unzähligen Kindern und Jugendlichen in katholischen Erziehungseinrichtungen.

Die zweite Untat

beginnt er als Papst, als er auch in einer Zeit der Aids-Epidemien starr am kirchlichen Kondomverbot festhielt. Das kostete Hunderttausenden von Menschen, vor allem in Afrika, das Leben.

Seine Großtat

ist sein Rücktritt. Ob er wirklich nur aus gesundheitlichen Gründen erfolgte oder ob neue Vertuschungsskandale ins Haus stehen, bleibt einstweilen offen.

Die gegen ihn beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eingebrachte Strafanzeige wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit bleibt jedenfalls aufrecht erhalten.

[Mehr zu RA Sailer und der Strafanzeige gegen Ratzinger](#)

"Wir waren Papst" - der Benedikt-Rücktritt auf Twitter

Tue, 12 Feb 2013 21:45:37, admin, [category: uncategorized, post_tag: bischofe, post_tag: geschichte, post_tag: kirche, category: leben-und-sterben-der-bischofe, post_tag: papst, post_tag: rucktritt]

Nachdem Papst Benedikt der XVI. am Montag seinen Rücktritt angekündigt hat, zwitschert die Netzgemeinde eifrig und in oft sehr bissigen Tönen über die Abdankung des Pontifex und die Gründe dafür.

So hatte Scherzkeks Oliver Pocher natürlich gleich eine hervorragende Idee bezüglich der Nachfolge auf dem Heiligen Stuhl, wie das von ihm gepostete Bild zeigt. Der 34-jährige Twitter-Clown schreibt dazu: "Wenn der Papst mehr Zeit mit seiner Familie verbringen möchte, könnte ER doch die Nachfolge antreten... #papst" und verweist auf Silvio Berlusconi.



[Weitere gezwischerte Meldungen lesen](#)

Papst Benedikt XVI. tritt zurück, um mehr Zeit mit seiner Familie verbringen zu können ... <http://www.der-postillon.com/2013/02/eilmeldung-papst-tritt-zuruck-um-wieder.html> ... [#papst#rücktritt](#)

[Titanic](#) bedauert Rücktritt von [#Papst](#) Benedikt XVI.: »Verlieren unseren besten Mitarbeiter« / Abo besteht weiter!

Marcus Schwarze [@homofaber](#): Wir waren [#Papst](#).

Aus einem Papier des Lenkungsausschusses

Sun, 17 Feb 2013 16:56:00, admin, [category: uncategorized, post_tag: ehemalige-heimkinder, category: fonds-heimkinder, post_tag: fonds-heimkinder, category: gerichtsverhandlungen, post_tag: missbrauch, post_tag: oeg, category: oeg, post_tag: veh-e-v, category: zwangsarbeit, post_tag: zwangsarbeit]

Köln, 15.02.2013

Entscheidungen der Lenkungsausschüsse zu Einzelfragen

Der Lenkungsausschuss Fonds „Heimerziehung West“ und der Lenkungsausschuss Fonds „Heimerziehung in der DDR“ haben am 13. Februar 2013 getagt.

Beide Lenkungsausschüsse haben sich nach den guten Erfahrungen der letzten Sitzung wieder in einer gemeinsamen Sitzung zu den anstehenden Fragen verständigt. In einem separaten Teil wurden spezifische Einzelthemen und spezielle Fragen der Umsetzung des jeweiligen Fonds miteinander abgestimmt.

Unter Leitung der Vorsitzenden beider Fonds, Frau Kraushaar, BMFSFJ, sowie der beiden Stellvertretungen, Herrn Gorrissen und Frau Reinhardt aufgrund unaufschiebbarer Termine der Vorsitzenden, konnten folgende Ergebnisse vereinbart werden:

1. Klärung der Berechnungsgrundlage zur Ermittlung von Rentenersatzleistungen für ehemalige Heimkinder

Die Lenkungsausschüsse haben folgende Festlegung für die Berechnung und den Umgang mit (erzwungener) Arbeitsleistung in den Heimen beschlossen, um eine einheitliche Beratungspraxis zu garantieren:

- a.) Zur Ermittlung der Rentenersatzleistungen werden tage- oder stundenweise Arbeiten der betroffenen Person zu einem Berechnungsmonat aufaddiert. Dabei werden eine 40-Stunden-Woche und vier Wochen pro Monat zu Grunde gelegt, um einen einmonatigen Anspruch auf Rentenersatzleistungen zu erreichen.
- b.) Die wöchentliche Gesamtstundenzahl (7 Tage-Woche) erzwungener Arbeit im Heim muss mindestens 10 Arbeitsstunden pro Woche betragen.
- c.) Angefangene Berechnungsmonate werden als volle Monate gerechnet.

2. Fortbildungsangebote an die Beraterinnen und Berater der Anlauf- und Beratungsstellen

Angeregt wurde, fachspezifische Fortbildungsveranstaltungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Anlauf- und Beratungsstellen in Ost und West anzubieten. Eine Zusammenstellung der Weiterbildungsbedarfe wird erstellt.

3. Verzicht auf die „OEG-Klausel“ im Hilfeformular Rentenersatzleistungen Fonds „Heimerziehung West“

Die „OEG-Klausel“ wird im Hilfeformular für Rentenersatzleistungen Fonds „Heimerziehung West“ gestrichen. Damit wurde festgelegt, dass Rentenersatzleistungen des Fonds in keinem Bezug zu OEG Leistungen stehen und somit beide Leistungen in Anspruch genommen werden können.

4. Förderung einer überindividuellen Maßnahme beim Fonds „Heimerziehung West“

Der Lenkungsausschuss beschloss die finanzielle Unterstützung des Theaterstücks „Heimkinder in der Nachkriegszeit – die verlorene Jugend – „Heim–Weh“.

Soweit das Papier! Unbeantwortet sind und bleiben immer noch folgende Fragen:

1. Was ist mit den Überlebenden der Heime für Kinder mit Behinderungen?
2. Was ist mit den Kindern und Jugendlichen, die in Einrichtungen der Psychiatrie schuften "durften"?
3. Was ist mit der Kinderarbeit der unter Vierzehnjährigen?
4. Was ist mit Misshandlung, Folter, Vergewaltigung?
5. Was ist mit den Säuglingen?

Wir werden uns nicht zufrieden geben, bis diese Fragen beantwortet werden. Und zwar schlüssig!

Missbrauchte Heimkinder: kaum Hilfe für die Opfer

Thu, 21 Feb 2013 02:37:19, admin, [category: uncategorized, post_tag: ehemalige-heimkinder, post_tag: fonds-heimkinder, post_tag: geschichte, category: geschichte-der-heimerziehung, category: gewalt, post_tag: heimgeschichte, post_tag: heimkinder, post_tag: jugendamt, post_tag: kinderrechte, post_tag: kirche, post_tag: missbrauch, post_tag: misshandlungen, post_tag: sexuelle-gewalt-2, category: spielfilm-heimerziehung, post_tag: spielfilm-heimkinder, post_tag: veh-e-v]



„Und alle haben geschwiegen“ – ein Spielfilm über das Schicksal von Heimkindern im Westdeutschland der 50er und 60er Jahre. Hunderttausende Kinder und Jugendliche erlebten Demütigungen und Rechtlosigkeit, mussten Zwangsarbeit leisten, viele wurden sexuell missbraucht.

Der Film mit Senta Berger und Matthias Habich in den Hauptrollen zeigt die Grausamkeit des Heimpersonals, das sich im Namen Gottes austobt. Ebenso wie im Film geht Frontal21 der Frage nach, wie Politik und Kirchen sich 2010 diesen Menschenrechtsverletzungen gestellt haben, mit einem „Runden Tisch“ den Opfern gegenübertraten und Wiedergutmachung anboten.

Frontal21 sprach mit Betroffenen. „Das hätte man sich sparen können“, sagen sie. Die finanziellen Angebote nennt der Erziehungswissenschaftler Manfred Kappeler im Interview mit Frontal21 eine „Billiglösung“. Der „Runde Tisch“ habe von Anfang an nicht einräumen wollen, daß es in Westdeutschland trotz seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung ein Unrechtssystem gegeben hat.

Programmhinweis: **"Und alle haben geschwiegen"**

Sendung: 4. März 2013, 20.15 Uhr, ZDF

Prof. Kappeler: Billiglösung

Thu, 21 Feb 2013 02:41:17, admin, [category: uncategorized, post_tag: ehemalige-heimkinder, category: fonds-heimkinder, post_tag: fonds-heimkinder, post_tag: gerichtbarkeit, post_tag: geschichte, category: geschichte-der-heimerziehung, post_tag: heimgeschichte, post_tag: heimkinder, category: gerichtsverhandlungen, post_tag: kinderrechte, post_tag: kirche, category: kirchen-und-kirchenrechte, post_tag: missbrauch, post_tag: misshandlungen, category: renten, post_tag: rentenersatzleistungen, category: sexuelle-gewalt, category: spielfilm-heimerziehung, post_tag: veh-e-v, category: zwangsarbeit, post_tag: zwangsarbeit]

Prof. Kappeler: (...) Zwar steht in den Präambeln des Abschlussberichtes „Unrecht und Leid ist geschehen“, dass es anerkannt wird, es wird bedauert, aber der Kern dieses Unrechtes, die Zwangsarbeit der Jugendlichen und die verbotene Kinderarbeit, Arbeit der Kinder bis zum vierzehnten Lebensjahr – und die damit verbundene Vorenthaltung jeglicher Bildungschancen – wurde nicht anerkannt, ausdrücklich nicht anerkannt.

Und das war die Hauptforderung der Ehemaligen Heimkinder. Und wenn diese Hauptforderung anerkannt worden wäre, dann hätte auch eine ganz andere Entschädigung erfolgen müssen, nämlich wirklich eine Entschädigung, die zumindest den Versuch unternommen hätte, die vorenthaltenen Lebenschancen auf einem niedrigen Level aber immerhin für das Alter jetzt noch beträchtlich zu bedenken."

Interviewer: Aber ist im Hinblick auf dieses bekanntgewordene Unrecht in einem Rechtsstaat – was ja fast wie ein Widerspruch in sich klingt – ist dieser Rechtsstaat, ist die Bundesrepublik, dieser Herausforderung die Schäden die da entstanden sind wenigstens tendenziell wiedergutzumachen annähernd gerecht geworden?

Prof. Kappeler: Nein. – Nein. Es ist, das muss man leider sagen, wirklich die Billiglösung dabei herausgekommen. Das Allgeringste was ihnen, als das einmal in Gang gekommen war, zugestanden werden musste und keinen Euro mehr!

=====

Hier die Niederschrift des gesamten Interviews, übertragen von Martin MITCHELL

=====

Interviewer: Was kritisieren Sie denn noch? – Es ist doch: Das Unrecht ist anerkannt und es gibt Geld.

Prof. Kappeler: Ja.

Interviewer: Was noch, was fehlt?

Prof. Kappeler: Das Unrecht was anerkannt wird wird nicht in dem Sinne anerkannt wie die Vertreter der Ehemaligen Heimkinder am Runden Tisch das gefordert haben. Zwar steht in den Präambeln des Abschlussberichtes „Unrecht und Leid ist geschehen“, dass es anerkannt wird, es wird bedauert, aber der Kern dieses Unrechtes, die Zwangsarbeit der Jugendlichen und die verbotene Kinderarbeit, Arbeit der Kinder bis zum vierzehnten Lebensjahr – und die damit verbundene Vorenthaltung jeglicher Bildungschancen – wurde nicht anerkannt, ausdrücklich nicht anerkannt. Und das war die Hauptforderung der Ehemaligen Heimkinder. Und wenn diese Hauptforderung anerkannt worden wäre dann hätte auch eine ganz andere Entschädigung erfolgen müssen, nämlich wirklich eine Entschädigung die zumindest den Versuch unternommen hätte die vorenthaltenen Lebenschancen auf einem niedrigen Level aber immerhin für das Alter jetzt noch beträchtlich zu bedenken.

Die mutmaßlichen Täter kann man nicht befragen. Die betroffenen Ehemaligen Heimkinder können keine materiellen Beweise führen. Es gibt ja auch so gut wie in keinem Fall noch Akten. So: „Rein formal-juristisch ist da eigentlich gar nichts zu wollen und in so fern kann es auch keine pauschale Entschädigungsregelung geben. Das was wir machen ist ja eigentlich ja schon ein großes symbolisches Zeichen. Verpflichtet sind wir dazu formal-juristisch überhaupt nicht.“

Prof. Kappeler: Ja.

Interviewer: Was haben Sie dazu zu sagen?

Prof. Kappeler: Diese formal-juristische Argumentation die ist ja der Versuch der politischen Verantwortung zu entgehen. Wenn man sich auf die Verjährungsfristen zurückzieht, auf die Weigerung der Täterorganisationen – sage ich jetzt absichtlich zugespitzt – auf die Verjährungseinrede zu verzichten, wenn Ehemalige Heimkinder heute noch ihre Schäden geltend machen wollen auf dem juristischen Wege, wenn die Beweislage so verstanden wird dass die ehemaligen Heimkinder im Einzelfall teilweise mit Uhrzeit und Stunde der Gewalttaten die sie erfahren haben, belegen sollen was ihnen geschehen ist, dann sind das alles formal-jurische Argumente, die einen Abwehrcharakter haben.

In Wirklichkeit wäre es um eine politische Entscheidung gegangen und so war das Ganze ja auch angedacht. Gefordert waren eine politische Anerkennung dieses Unrechtes und dann auch eine politisch gewollte Wiedergutmachung, so weit das überhaupt geht.

In einer der Sitzungen im Bundestag des Petitionsausschusses waren Experten aus dem Bundesarbeitsministerium geladen, die wurden von den Abgeordneten zur Frage des Charakters der in den Heimen geleisteten Arbeit befragt, und dann haben diese Herren aus dem Bundesarbeitsgericht (sic, MM) gesagt, die Arbeit die die Kinder und Jugendlichen in den Heimen leisten mussten, war Zwangsarbeit.

Wenn sie das anerkennen, sie als Abgeordnete, dass das Zwangsarbeit ist, dann müssen sie das als politische Entscheidung sehen und auf politischem Wege dafür sorgen; dass kann nicht über die Rentenkasse gehen und auf die allgemeine Bevölkerung übertragen werden, dass diese Menschen Wiedergutmachung erfahren.

Das haben die Experten aus dem Bundesarbeitsministerium den Abgeordneten des Bundestages gesagt, die haben gesagt „das ist Zwangsarbeit“.

Und wenn sie die Wiedergutmachung wollen, dann müssen sie als Volksvertreter den politischen Mut haben das entsprechend zu entscheiden.

Interviewer: Das Ganze erinnert ja an die Feststellung „Einmal Opfer immer Opfer“. Gilt das auch für die ehemaligen Heimkinder im Hinblick auf das, was beim Runden Tisch rausgekommen ist?

Prof. Kappeler: Ja. Also sehr, sehr viele ehemalige Heimkinder haben das als eine zweite Viktimisierung erlebt. Was dort geschehen ist: sie waren ständig der Übermacht, der Gewalt der Experten und der Interessenvertreter unterlegen.

Sehr, sehr viele ehemalige Heimkinder in der Bundesrepublik haben sich überhaupt nicht bis jetzt geoutet, oder weigern sich auch, bezogen auf diese eingeschränkten Entschädigungsmöglichkeiten – oder sagen wir mal „Entschädigungsmöglichkeiten“, falscher Begriff – das was sie da bekommen können, das in Anspruch zu nehmen, weil sie nicht wieder in dieser Rolle des Opfers, das jetzt als Bittsteller wieder auftreten muss, um minimale Gratifikationen zu bekommen (kommen wollen).

Die Gesellschaft hat da nach wie vor eine ungeheure Bringschuld diesen Menschen gegenüber.

Interviewer: Aber ist im Hinblick auf dieses bekanntgewordene Unrecht in einem Rechtsstaat – was ja fast wie ein Widerspruch in sich klingt – ist dieser Rechtsstaat, ist die Bundesrepublik, dieser Herausforderung die Schäden die da entstanden sind wenigstens tendenziell wiedergutzumachen annähernd gerecht geworden?

Prof. Kappeler: Nein. – Nein. Es ist, das muss man leider sagen, wirklich die Billiglösung dabei herausgekommen. Das Allgeringste was ihnen als das einmal in Gang gekommen war zugestanden werden musste und keinen Euro mehr.

Interviewer: Warum ist im Abschlussbericht nicht davon die Rede dass es ein Unrechtssystem gewesen ist mit Zwangsarbeit und allem Drum und Dran und Rechtlosigkeit? Warum ist das da nicht rein geschrieben worden? Wer wollte das nicht?

Prof. Kappeler: Also, wenn wir jetzt die Politiker am Runden Tisch nehmen, auch schon im Petitionsausschuss, auch schon im Bundestag, dann wäre dieses Eingeständnis eine Erschütterung ihres Selbstverständnisses bezogen auf die Geschichte und den Charakter der Bundesrepublik Deutschland gewesen. Mitten im Kern des eigenen Gesellschaftssystems geschieht solches Unrecht in unvorstellbarem Ausmass und sämtliche – verfassungsrechtlich, staatsrechtlich, verwaltungsrechtlich – vorhandenen Kontrollsysteme versagen; nicht zufällig!

Ich hab analysiert wie das alles zusammenhängt, warum die Vormundschaftsgerichte zusammen mit den Jugendämtern, zusammen mit den Verwaltungsgerichten, mit der Psychiatrie, ein gesamtes System so funktioniert hat.

Nach '45 gab es an diesem Punkt, in diesen totalen Institutionen – die waren völlig abgeschottet von der Öffentlichkeit! – keine Zäsur. Mit denselben Personen und denselben Methoden ist das weiter gelaufen bis weit in die siebziger Jahre.

Und sich das einzugestehen, sich dieses existenzielle Versagen deutlich zu machen – und dieses Eingeständnis wäre eine Leistung gewesen für die Entwicklung der politischen Kultur in der Bundesrepublik für die Zukunft –, deswegen habe ich immer gesagt, es geht auch

darum dass wir diese Schuld annehmen, die wir selber genuin zu verantworten haben um zu verhindern dass sowas jemals wieder passiert. – Das ist nicht irgend eine, sondern es ist eine zentrale Schuld des Systems in der Bundesrepublik. Und die Ehemaligen Heimkinder haben diesen Punkt unmissverständlich immer wieder in die Debatten am Runden Tisch eingebracht und da sind sie auf eine Mauer der Ablehnung gestoßen. Und, kann man natürlich noch hinzufügen, bei den Kirchenvertretern, die ja 70% der gesamten Heimerziehung zu verantworten hatten, kommen ja noch mal andere Dimensionen von Schuld und Sühne dazu.

Interviewer: Ein Unrechtssystem im neuen freiheitlich-demokratischen Westdeutschland. Der Rechtsstaat versagt. Die Profiteure des Unrechts wurden nie zur Verantwortung gezogen.

Ehemaliges Heimkind Dietmar Krone Was mich am meisten darüber ärgert, dass die Firmen für die wir arbeiten mussten, sich schön da rausgehalten haben; die mussten ja so gut wie garnichts in den Topf einzahlen, nich. Letztendlich bleibt's am Steuerzahler hängen.

Interviewer: Der Runde Tisch Jahrzehnte später begnügt sich mit einer Billiglösung, gesteht keine jüngste deutsche Schuld ein.

Prof. Kappler: Einsicht in die eigene Schuld - da liegt das Versagen und damit, das will ich mal deutlich sagen, ist auch wieder neue Schuld entstanden.

Viele Vorschläge, wenig Opferschutz

Thu, 21 Feb 2013 02:57:57, admin, [category: uncategorized, post_tag: ehemalige-heimkinder, post_tag: fonds-heimkinder, category: geschichte-der-heimerziehung, category: kinderrechte, post_tag: kinderrechte, post_tag: missbrauch, post_tag: misshandlungen, post_tag: religion, category: sexuelle-gewalt, post_tag: sexuelle-gewalt-2, post_tag: veh-e-v, category: zwangsarbeit, post_tag: zwangsarbeit]



Drei beteiligte Ministerien, mehr als 250 Seiten voller Ideen: Eilig berief die Bundesregierung einen Runden Tisch ein, als im Jahr 2010 bekannt wurde, dass Tausende Kinder in kirchlichen Einrichtungen, Internaten und Heimen über Jahre hinweg Opfer sexueller Gewalt geworden waren. Jetzt wurden die Ergebnisse vorgestellt. Doch die Bilanz ist dürrtig.

Von Nakissa Salavati und Oliver Klasen

Das Projekt klang nach Chefsache. Gleich drei Regierungsmitglieder sollten sich darum kümmern, den Kampf gegen sexuelle Gewalt an Kindern voranzutreiben: Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sollte ein neues Gesetz ausarbeiten, Familienministerin Kristina Schröder kümmerte sich um Aufklärungs- und Präventionskampagnen und die damalige Bildungsministerin Annette Schavan sollte Forschungsprojekte zum Thema anstoßen.

Auch die Kanzlerin schaltete sich ein, denn: "Das ist eine Bewährungsprobe für unsere ganze Gesellschaft. Es kommt darauf an, dass Menschen, die so etwas erfahren haben, sich in dieser Gesellschaft wieder anerkannt fühlen und wenigstens das Stück Wiedergutmachung bekommen, was man im Nachhinein noch schaffen kann", so Merkel.

Damals, im März 2010, wurde bekannt, dass Kinder und Jugendliche in zahlreichen Einrichtungen über Jahre hinweg Opfer sexueller Gewalt geworden waren. In kirchlichen Einrichtungen, Internaten, Kinderheimen, Krankenhäusern. Zehntausende Fälle, zum Teil aus den sechziger und siebziger Jahren. Viele Betroffene fanden jahrzehntelang nicht den Mut, über den Missbrauch zu sprechen.

Nun sollte sich in der Gesellschaft etwas ändern...

[Weiterlesen](#)

Von der Bundesagentur für Arbeit

Sat, 23 Feb 2013 21:01:02, admin, [category: uncategorized, category: fonds-heimkinder, post_tag: fonds-heimkinder, category: hartz-iv,

(Mit Dank an Erich Kronschnabel)

Zum 1. Januar 2012 ist der Fonds „Heimerziehung West“ und zum 1. Juli 2012 der Fonds „Heimerziehung in der DDR“ unter finanzieller Beteiligung des Bundes, der jeweiligen Bundesländer sowie der evangelischen und katholischen Kirche errichtet worden. Beide Fonds haben den Zweck, bis heute andauernde Folgeschäden aus der Heimunterbringung auszugleichen bzw. abzumildern. Diese Hilfestellung richtet sich an Personen, die während ihrer Kinderzeit in einem Kinderheim in Westdeutschland (1949 bis 1975) oder in der ehemaligen DDR (1949 bis 1990) untergebracht waren und dort Leid oder Unrecht erlitten haben. Betroffene können Leistungen aus dem Fondsteil „Rentenersatzleistungen“ zum Ausgleich nicht gezahlter Sozialversicherungsbeiträge bei Zwangsarbeit und/oder dem Fondsteil „Folgeschäden aus der Heimerziehung“ zur Aufarbeitung negativer Erlebnisse aus der Zeit der Heimerziehung erhalten. Überwiegend werden Geldleistungen erbracht, möglich sind aber auch Sachleistungen oder Heilmittel. Sind diese Leistungen ganz oder teilweise als Einkommen zu berücksichtigen?

Sämtliche Leistungen aus dem Fonds „Heimerziehung West“ oder dem Fonds „Heimerziehung Ost“ sind in Anwendung des § 11a Abs. 5 Nr. 1 SGB II privilegiert und daher nicht als Einkommen zu berücksichtigen.

Begründung:

Nach § 11a Abs. 5 Nr. 1 SGB II sind Zuwendungen, die ein anderer erbringt, ohne hierzu eine rechtliche oder sittliche Pflicht zu haben, nicht als Einkommen zu berücksichtigen, soweit ihre Berücksichtigung für die Leistungsberechtigten grob unbillig wäre.

Die Leistungen aus dem Fonds Heimerziehung werden als Ergebnis einer politischen Initiative (Runder Tisch Heimerziehung) als eine Art Schadensersatz zur Anerkennung von erlittenem Unrecht erbracht. Allerdings handelt es sich um freiwillige Leistungen aus einer privatrechtlichen Stiftung, auf deren Erbringung die Betroffenen keinerlei Rechtsanspruch haben.

Die Berücksichtigung als Einkommen würde daneben für die betroffenen Personen eine unbillige Härte darstellen, weil eventuelle privatrechtliche Schadensersatzansprüche aufgrund des großen zeitlichen Abstands zu den Ereignissen bereits verjährt sind.

Achtung: Aufgrund der besonderen Zweckbestimmung dieser Leistungen, die noch weit nach dem eigentlichen Zufluss der Zahlungen greift, ist auch bei der Vermögensprüfung eine besondere Härte i. S. d. § 12 Abs. 3 Satz 1 Nr. 6 SGB II gegeben. Leistungen aus dem Fonds Heimerziehung sind nicht als Vermögen zu berücksichtigen

Veröffentlicht: 17.07.12

WDB-Beitrag Nr.: 111001

[Quelle](#)

Und alle haben geschwiegen - Chat zu Film und Diskussion!

Sun, 03 Mar 2013 14:21:09, admin, [category: uncategorized, post_tag: ehemalige-heimkinder, post_tag: fonds-heimkinder, post_tag: geschichte, post_tag: heimgeschichte, post_tag: missbrauch, post_tag: misshandlungen, category: spielfilm-heimerziehung, category: tv-und-radio, post_tag: veh-e-v, post_tag: zwangsarbeit]

Unmittelbar nach dem Film "Und alle haben geschwiegen" (Montag, 04.03.2013, 20.15 Uhr, ZDF) und bereits während der anschließenden Dokumentation „die Leiden der Heimkinder“ wird es einen Chat auf den Internetseiten des ZDF geben.

Offensichtlich soll dieser auf der Videotextseite 898 auch im TV verfolgt werden können. Siehe Videotextseite 348 zur „Dokumentation“!

Wer sich einklinken kann, sollte dies tun - der Vorstand wird auf jeden Fall dabei sein und über die Zustände des RTH berichten. Auch hat sich jemand gemeldet, der über die aktuelle Situation des Fonds für ehemalige Heimkinder, wie er sie selbst erlebt berichten will - inkl. seiner Kritik an dem Fonds.



Hier noch ein paar Links zum Film und drum herum:

[Hölderlinblog](#)
[Sächsische Zeitung](#)
[Frankfurter Neue Presse](#)
[Quotenmeter](#)
[Finanznachrichten](#)
[Stuttgarter Zeitung](#)
[Der Westen](#)

http://www.fnp.de/fnp/region/hessen/hiebe-statt-liebe-heimerziehung-im-nachkriegsdeutschland_rmn01.c.10497833.de.html

<http://www.tagesspiegel.de/medien/drama-das-schweigen/7869642.html>

<http://www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-wetter-und-herdecke/film-heute-zeigt-gewalt-in-den-heimen-id7678123.html>

http://www.fnp.de/fnp/nachrichten/vermisches/-und-alle-haben-geschwiegen-heimkinder-und-ihr-schweres-los_rmn01.c.10497827.de.html

<http://www.diakonie-portal.de/presse/pressemitteilungen-2013/heimkinder>

<http://www.derwesten.de/staedte/heiligenhaus/heimkinder-erlebten-unvorstellbares-leid-id7672542.html>

<http://www.wiesbadener-kurier.de/region/kultur/fernsehen/12881551.htm>

http://www.news4press.com/HEIMKINDER-WURDEN-IM-NAMEN-DES-HERRN-GES_721893.html

<http://www.derwesten.de/staedte/heiligenhaus/heimkinder-erlebten-unvorstellbares-leid-id7672542.html>

<http://www.wiesbadener-kurier.de/region/kultur/fernsehen/12881551.htm>

<http://www.sz-online.de/nachrichten/und-alle-haben-geschwiegen-2519756.html>

<http://www.presseportal.de/pm/73876/2424504/-die-kirchen-muessen-die-heimkinder-entschaedigen-das-ehemalige-heimkind-alexander-markus-homes/gn>

<http://www.ptext.de/nachrichten/senta-berger-matthias-habich-geschwiegen-zdf-fernsehfilm-doku-leid-heimkindern-5-531499>

<http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2013-02/26109713-die-kirchen-muessen-die-heimkinder-entschaedigen-das-ehemalige-heimkind-alexander-markus-homes-fordert-aufklaerung-und-entschaedigung-007.htm>

http://www.t-online.de/nachrichten/id_55628514/ausgleich-fuer-ddr-heimkinder.html

<http://www.politikexpress.de/die-kirchen-muessen-die-heimkinder-entschaedigen-das-ehemalige-heimkind-alexander-markus-homes-fordert-aufklaerung-und-entschaedigung-824556.html>

<http://www.spiegel.de/kultur/tv/zdf-film-und-alle-haben-geschwiegen-ueber-heimkinder-a-886644.html>